

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis drümmen: monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original litho.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 30 Pf. (zünftig 20 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelder und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 27. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Weitere Offensiv-Erfolge an der Ost- und Südostfront.

Die Meldung des russischen Generalstabes.

Petersburg, 26. Juli. (W. Z. B.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: In der Gegend von Mitau keine Veränderungen. Der Feind setzt auf den Straßen von Schaulen und Rossieny seinen Vormarsch in der Richtung von Poniewitz fort. Dort und am Lawenafusse fanden am 24. Juli Kämpfe statt. An der Narewfront unternahm der Feind im Laufe der Nacht und am Morgen des 24. Juli eine Reihe erbitterter Angriffe längs des Ostufers der Pissa und in der Gegend von Serbonka, wo er keinen Erfolg errang und schwere Verluste erlitt. In dem Abschnitt zwischen Ostrolenka und Rozan wiesen wir gleichfalls Versuche des Feindes, den Narew an gewissen Punkten zu überschreiten, ab. Im Abschnitt von Rozan-Pultusk gelang es dem Feinde am 23. Juli, einen Teil seiner Kräfte auf das linke Narewufer zu werfen. Er sucht sich daselbst zu befestigen. Am linken Weichselufer unternahm der Feind am 24. Juli unfruchtbare Angriffe in der Richtung von Piastischno. Zwischen Weichsel und Bug wurde der Feind durch unsere Gegenangriffe gezwungen, haltzumachen. Er ergriff die Offensive nur in der Gegend von Grubieszow, wo unsere Truppen in der Nacht vom 24. Juli und am folgenden Morgen die feindlichen Angriffe gegen die Front Wojslawice-Gorodlo abschlugen. Am Bug, der Polota-Lipa und am Dnjeper keinerlei Aktion, außer an der Linie des Dorfes Dobrotwor, wo sich ein blutiger örtlicher Kampf abspielte. Ein Versuch des Feindes, sich am rechten Bugufer zu befestigen, scheiterte.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 26. Juli 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf ganzer Front keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Njemen erreichte die Armee des Generals v. Below die Gegend von Podoswol und Poniewitz. Wo der Gegner noch standhielt, wurde er geworfen. Ueber 1000 Russen wurden zu Gefangenen gemacht.

An der Narewfront erzwangen unsere Truppen auch oberhalb Ostrolenka den Uebergang. Unterhalb davon drängen sie den erbitterten Widerstand leistenden Gegner langsam gegen den Bug zurück. Einige tausend Russen wurden gefangen, über 40 Maschinengewehre erbeutet.

Gegen die Nord- und Westfront der Festungsgruppe von Rowo-Georgiewsk und Warschau schieben sich die Einschließungstruppen näher heran.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Linie Wojslawice (südlich von Cholm) - Grubieszow (am Bug) haben deutsche Truppen in den Kämpfen der letzten Tage den Feind nach Norden weiter zurückgedrängt. Gestern wurden 11 Offiziere, 1457 Mann gefangen genommen, 11 Maschinengewehre erbeutet. Im übrigen ist die Lage westlich der Weichsel und bei den verbündeten Armeen des Generalfeldmarschalls v. Radensfen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Notiz: Podoswol und Poniewitz liegen etwa 60 Kilometer östlich bzw. südöstlich Szawle.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 26. Juli. (W. Z. B.) Amtlich wird verkündet: 26. Juli mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.

Südlich von Sokal eroberten unsere Truppen einen für unsere Brückenköpfe am östlichen Bugufer wertvollen Stützpunkt, wobei einhundert Gefangene und zwei Maschinengewehre in unsere Hand fielen. Nordwestlich Grubieszow gewannen deutsche Kräfte erneut Raum. An den anderen Teilen der Front trat keine Änderung der Lage ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern entbrannte der Kampf um den Rand des Plateaus von Dobers auf neue. Tag und Nacht griffen die Italiener an der ganzen Front ununterbrochen mit größter Festigkeit an, aber auch der neue Aufwand an Kraft und Opfern war umsonst. Nur vorübergehend erzielte der Feind örtliche Erfolge. Heute bei Morgengrauen waren die ursprünglichen Stellungen wieder ausnahmslos im Besitz der heldenmütigen Verteidiger. Gegen den Görzer Brückenkopf unternahm der Gegner keinen neuen Angriff. Heute früh setzte das Massenschwer der italienischen Artillerie im Görzischen wieder ein.

Im Kraingebiete wurde gestern nachmittags ein feindlicher Angriff im Handgemenge und mit Steinwerfen zurückgeschlagen. Die zurückgehenden Italiener erlitten in unserem Geschützfeuer starke Verluste.

Einer unserer Flieger belegte Verona mit Bomben.

An der Kärntner und Tiroler Front hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.



Karte der Offensive im Osten.

Eine ausländische Stimme über die Entscheidung in Polen.

Kopenhagen, 26. Juli. (W. Z. B.) Der militärische Mitarbeiter der „Politiken“ schreibt: In Polen bereitet sich ein ungeheurer Umgehungskampf vor, an der Narewfront sind die größten Ergebnisse in erstaunlich kurzer Zeit erreicht worden. Wenn es den Deutschen glückt, die Hauptbahn Warschau - Petersburg auf einer kleinen Strecke rechtzeitig

zu erreichen und abzuschneiden sowie gleichzeitig die südliche Bahnlinie Zwangorod - Lublin - Cholm - Kowel zu besetzen, wovon sie nur noch 10 Kilometer entfernt sind, so steht das russische Heer vor einer ungeheuren Katastrophe, falls nicht rechtzeitig die Truppen zurückgezogen werden. Die einzig übrigbleibende Bahnlinie Warschau - Brest - Litowol ist für den Transport eines Millionenheeres viel zu ungenügend. Es bleibt aber mehr als zweifelhaft, ob sich die Russen in ein neues Sedan verlocken lassen werden. Im Verhältnis zur Frage der Erhaltung des russischen Heeres spielen selbst der Besitz von Festungen wie Warschau und Zwangorod nur eine geringe Rolle. An der Front ist in bisher zweimonatlichen Kämpfen für die Italiener nicht die geringste Entscheidung erreicht worden.

Eine Friedensaktion der Balkan-Sozialisten.

Am Sonntag, den 18. d. M., versammelten sich die Vertreter der sozialistischen Parteien Rumäniens, Bulgariens, Griechenlands in Bukarest, um in gemeinsamer Beratung zu den Schicksalsfragen des Balkans Stellung zu nehmen und den Arbeitern der Balkanstaaten ihre Haltung in den jetzigen und künftigen schweren Kämpfen vorzuzeichnen. Da die serbische Regierung den Sozialisten ihres Landes die Beteiligung an dem Kongress verboten hatte, waren sie in Bukarest nicht vertreten. Aber mit allen ihren Wünschen und Bestrebungen waren sie - wie sie in einer Begrüßungsrede an den Kongress besonders betonten - bei der Tagung in Bukarest mit dabei, so daß deren Entschlüsse der Charakter einer gemeinsamen Kundgebung aller Sozialisten des Balkans zukommt.

Die Beschlüsse der mehrtägigen Beratungen in Bukarest liegen uns noch nicht im Wortlaut vor. Nach ihrer Bekanntgabe werden wir eingehend auf sie zurückkommen. Vorläufig jedoch können wir schon auf Grund einer gemeinsamen Kundgebung der Exekutivkomitees der rumänischen, serbischen, bulgarischen und griechischen Sozialisten, die gleichsam die gemeinsame Aktion der Balkansozialisten eröffnete, die Aufgaben kennzeichnen, die sich unsere Genossen in den Balkanländern in dieser für den Balkan so kritischen Zeit gestellt haben.

„Noch niemals - heißt es in dieser Kundgebung - war die Eroberungspolitik der Großmächte eine so augenfällig drohende Gefahr wie heute. Die Balkanvölker werden eingekreist von Feuer und Schwert.“

In knappen, meisterhaften Sätzen schildert das Manifest, wie der Weltkrieg, der aus dem österreichisch-serbischen Konflikt seinen Ausgang genommen, jetzt, nach Jahresfrist, sich in immer bedrohlicherer Weise dem Balkan zuwendet.

Nach der Intervention Italiens wird Oesterreich-Ungarn nicht mehr durch Gründe politischer Natur von einer Eroberung Serbiens und Mazedoniens, die ihm etwa strategische Gründe diktiert, zurückgehalten. So führen jetzt Oesterreich und Italien mit Waffengewalt die Teilung des westlichen und mittleren Balkans durch, die sie bei Abschluß des Dreihundertertrages, der jetzt bekannt wurde, unter dem Titel von „Einflußsphären und Kompensationen“ geplant haben. Rußland, das die Eroberung des westlichen Balkans der starken Nachbarn wegen nicht erwarten kann, sucht sein Hauptziel in der Niederwerfung der Türkei und des Ostbalkans, wo es auf den schwächsten Widerstand rechnet.

Der europäische Krieg gelangt dazu, sich hierher, auf den Balkan selbst, zu verpflanzen. Hier werden sich seine blutigsten und grausamsten Kapitel abspielen, wenn die Welle des europäischen Imperialismus nicht von den Balkanvölkern selbst zurückgeschlagen wird.

„Was tun aber die herrschenden Klassen und Dynastien des Balkans?“ fragt das Manifest. Und mit Worten flammender Verachtung brandmarkt es die Schacherpolitik, die von den herrschenden Klassen und den Regierungen der Balkanmächte getrieben wird:

„Unfähig, ihre historische Mission in der Vereinigung aller Balkanvölker zu sehen, unfähig, sich über ihre armeligen egoistischen Interessen zu erheben, zerfällt heute die Bourgeoisie des Balkans in zwei Lager, die miteinander um den Vorrang kämpfen, wenn die Freiheit der Balkanvölker zu verkaufen: Rußland und Italien oder Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Jetzt verkaufen sich in den Hauptstädten der Balkanländer Staatsmänner und ganze Parteien um die Millionen der kriegführenden Staaten. Es bereitet sich ein ungeheurer, in der Geschichte seltener Verrat vor.“

Um dieser Gefahr - die nicht nur eine Gefahr für die Balkanvölker ist - zu begegnen, erheben die Vertreter der sozialistischen Parteien des Balkans auf neue das Banner, das ihnen seit der denkwürdigen Interbalkan-Konferenz vom Jahre 1909 als Richtzeichen ihres Handelns dient:

„In dieser tragischen Stunde erhebt das Balkanproletariat seine Stimme, um mit aller Kraft gegen den Verrat und die Vernichtung der Balkannationen durch ihre Regierungen zu protestieren. Es bläst Alarm, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen der Balkanländer zu erwecken, daß sie die Rettung der Unabhängigkeit der Balkanhalbinsel in die eigene Hand nehmen. Ihr Interesse und ihre Pflicht diktiert es ihnen, für die Verwirklichung der föderativen Balkanrepublik zu kämpfen, für das Ideal, das seit der sozialistischen Interbalkan-Konferenz von 1909 in Belgrad allen Balkansozialisten gemeinsam geworden ist und das durch

die folgenden Ereignisse nur neue Beweise für seine Richtigkeit erhalten hat.

Sowohl der Balkankrieg als auch der jetzige Weltkrieg beweisen, daß nur eine unabhängige Balkanunion, frei von der Vormundschaft welcher Großmacht immer, imstande sein wird, die Freiheit und Integrität der Balkanländer zu sichern.

Die Sozialdemokratie des Balkans ist gegen eine Allianz nach dem Muster jener des Jahres 1912, die nur ein Kriegsziel verfolgt und Rußland als Gondlanger gedient hat. Die Sozialdemokratie ist aber auch nicht weniger gegen einen Balkanbund unter Vormundschaft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Die militärischen und dynastischen Bündnisse des Balkans haben gedient und dienen nur fremden Interessen.

Das Balkanproletariat kämpft für die politische und ökonomische Vereinigung der Balkanvölker auf der Grundlage breiter nationaler Freiheit — eine Vereinigung, die von den Balkanparlamenten geschlossen werden soll.

Die Sozialdemokratie des Balkans kämpft für die föderative Balkanrepublik auf Grund der nationalen Autonomie, welche die Unabhängigkeit der Balkanvölker sichern, ihre Gegensätze ausgleichen, sie durch die föderative Organisation vereinigen und ihnen schließlich in der allgemeinen Volksbewaffnung, die an die Stelle der stehenden Heere treten soll, das sicherste Mittel zur Erhaltung dieser Organisation geben wird.

Und zum Schluß faßt das Manifest in Worten, die nicht mißdeutet werden können, die Anschauungen der Balkansozialisten über die ihrer harrenden Aufgaben zusammen:

„Jeder Eroberungskrieg auf dem Balkan, der neue Feindseligkeiten und neue Kämpfe um die Hegemonie im Gefolge haben muß, wird der Verwirklichung der Balkanrepublik neue Hemmnisse in den Weg legen. Dies ist für die Sozialdemokratie des Balkans ein Grund mehr, gegen das Eintreten der Balkanvölker in den Krieg zu kämpfen. Eine ehrliche und definitive Neutralität beobachten, ist für die Balkanvölker weit wichtiger als für andere neutrale Länder.“

Jeder, dem die ungeheure Wichtigkeit der sich im nahen Osten abspielenden Ereignisse für die Zukunft Europas bekannt ist, muß in der gemeinsamen Aktion der Sozialisten des Balkans ein Ereignis sehen, dessen Folgen sich nicht bloß in der Politik des Balkans bemerkbar machen werden. Es ist wahr: die Arbeiterparteien des Balkans sind, gemessen an den Parteien der westeuropäischen Länder, klein und schwach. Sie besitzen aber, dank ihrer Mäßigkeit, dank der fast allgemeinen demokratischen Verfassung der Balkanländer und endlich dank ihrer Geschlossenheit, die besonders während des Laumels des Weltkrieges zur Geltung kommt, ein Schwergewicht, das in seinem Verhältnis zu ihrer numerischen Stärke steht. Man vergegenwärtige sich nur, was alles schon in den Kriegsmomenten von den Sozialisten in Bukarest und Sofia geleistet worden ist, man denke an den heroischen Kampf, den das kleine Häuflein der serbischen Sozialisten in ihrem Lande führen, und man wird erkennen, daß der gemeinsame Appell der Sozialisten des Balkans an den Friedenswillen und den Selbsterhaltungstrieb der von allen Seiten eingeschlossenen Balkanvölker nicht bloß bei den Arbeitern und Bauern Gehör finden, nicht bloß die Regierungen und die herrschenden Parteien der Balkanstaaten beeinflussen, sondern auch eine wichtige Etappe bilden wird auf dem Wege zur föderativen Balkanrepublik, die unseren Genossen auf dem Balkan als staatliches Ziel vor-schwebt.

Der Vorstoß in Kurland.

II. Auf Witau zu.

In der Venta, Mitte Juli.

Verschiedene Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Russen zu einer Offensive in der Richtung Libau sich vorbereiteten. Südlich der Venta zogen sie Kräfte zusammen, Reichswehr, Kavallerie und Schützen. Vor der Ventalinie lagen sich in den letzten Tagen nur schwache Kräfte sehen, die vor den deutschen Patrouillen gewöhnlich schnell zurückgingen. Auf dem Rückzuge behandelten sie einen Teil der Einwohner wie Feinde und ihr Eigentum wie Freigut. Je weiter man östlich von Libau in Kurland vordringt, um so größer der landschaftliche Reiz des Landes; überall macht sich eine üppige Fruchtbarkeit bemerkbar. Das hügelige Gelände ist von herrlichen Wäldern durchzogen. Gutgepflegte Acker, fette Wiesen zeugen von einer fortgeschrittenen Agrarkultur auf gutem Boden. Man kommt in das Reich der kurländischen Ritter. Die meisten großen Güter sind verlassen. Die ausgedehnten Obstgärten und Gemüsekulturen tragen schon die Spuren der Vernachlässigung. Ein Teil der Besitzer deutscher Abstammung ist längst geflohen; von denen, die ihre Güter nicht verlassen, ist nun eine Anzahl unter der Anschuldigung der Deutschfreundlichkeit verhaftet worden. In den Gutshäusern steht es beinahe ebenso böse aus wie in den ostpreussischen Wohnungen nach dem Abzuge der Russen. Überall findet man zerbrochene Schränke und Kisten; der nicht mitgenommene Inhalt liegt zerstört, zerbrochen, verschmüht auf dem Fußboden umher. In allen Räumen vom Keller bis zum Boden daselbe Bild der Verwüstung! Und von Gefangenen hörte man, daß die abziehenden Russen den zurückgebliebenen Einwohnern befohlen hatten, das un-eisige Ge-zende abzumachen, damit die Deutschen, falls sie nicht wieder vertrieben würden, es später nicht einernnten sollten. War ihre Hoffnung, wieder Herr dieses Gebietes zu werden, bisher schon nicht groß, so dürfte sie jetzt noch erheblich schwächer werden.

Die Russen kamen überhaupt nicht zu einer Offensive, mußten vielmehr vor dem Angriff der Deutschen ihre Stellung an der Venta aufgeben. Am 14. Juli, morgens 8 Uhr, begann der Vorstoß der deutschen Truppen auf der ganzen Linie. Den bei Riegaranden die Venta überschreitenden deutschen Kräften leisteten die Russen keinen Widerstand. Kavallerie stürmte auf der Straße nach Kampeln hinter den Rückhenden her. Hier schienen sie zunächst den Rückrückenden standhalten zu wollen, gaben aber dem härter werdenden Druck nach und zogen sich weiter östlich auf Kur-sitten zu fluchtartig zurück. . . . Obwohl wir um 1/3 Uhr herausgetrommelt wurden und schon um 4 Uhr in Ralsen anlangten, trafen wir von den zum Vormarsch angeordneten Abteilungen keinen Mann mehr diesseits der Venta. Die Infanterie hatte einen von den Pionieren im Zeitraum von wenigen Minuten fertiggestellten Rauffteg zum Uebergang benutzt. Tische und Bänke dienten als Brückenträger. Pferde und Wagen kamen durch eine Furt an das andere Ufer. Ich benutzte zwar auch noch den Rauffteg. Doch hatte die Brückenbauabteilung eine Pontonbrücke nahezu fertiggestellt, über welche die Wagelkolonnen den vorwärts marschierenden Truppen schnell folgen konnten. Auch die südlich von diesem Zentrum vorgehenden deutschen Kräfte stießen nur auf geringe Gegenwehr; mit leichter Mühe, ohne artilleristische Mitwirkung, konnten sie die ihnen gegenüberstehenden russischen Truppen aus ihren Stellungen vertreiben. In dem nördlich bis Lenen hinaufreichenden Abschnitt versuchten jedoch starke russische Kräfte den deutschen Angriff abzuwehren. Nachdem hier aber Artillerie eingriff, war der Widerstand gebrochen. Abends hatten die Deutschen russischen besetzt; von hier aus

zog sich die eingenommene Stellung südlich hinab bis Esfern. Gleichzeitig gingen von Libau aus deutsche Truppen in Richtung auf Schrudon vor. Sie stießen auf keine Truppverbände, Reichswehr, Flüchtende und Verjüngte. Dabei machten sie etwa 500 Gefangene und erbeuteten 4 Maschinengewehre. Die Zahl der im übrigen Abschnitt erzielten Gefangenen war abends noch nicht bekannt. Als Verlust der Deutschen wurde ein Verwundeter gemeldet. . . . Nach der Aussage eines Gefangenen haben die Russen in den letzten Wochen alle Leute im dienstfähigen Alter, wenn sie nicht gerade lahm oder sonstwie absolut unbrauchbar waren, zum Heeresdienst eingezogen. Daher erklärt es sich, daß man außer Frauen und Kindern nur noch Krüppel und alte, nicht mehr standfeste Männer sah. Ob Mangel an Soldaten oder Schikane gegen die Kurländer die harte und unverhältnismäßige Rekrutierung veranlaßt haben, darüber konnte ich nichts Bestimmtes erfahren. Düwell, Kriegsberichterstatter.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 26. Juli. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von Sonntagnachmittag. Die Nacht verlief ungestört. Einige Artilleriekämpfe fanden statt im Artois bei Souchez und zwischen Risne und Dife am Plateau von Quennebieres. Im Priestertal war die Kanonade von lebhaftem Gewehrfeuer, aber keinem Infanteriegefechte begleitet. In den Vogesen, bei Van de Sapt trugen wir einen neuen Erfolg davon. Wir bemächtigten uns gestern abend der sehr starken deutschen Verteidigungsanlage, welche sich zwischen den Höhen von Fontenelle und der Höhe 627 bei dem Dorfe Launois erstreckt. Wir besetzten die Häusergruppe, welche den Südtteil des Dorfes bildet. Wir machten über 700 unverwundete Gefangene, welche vier verschiedenen Bataillonen und einer Maschinengewehrkompanie angehören. Das erbeutete Material ist noch nicht gezählt worden.

Paris, 26. Juli. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von Sonntagabend. Im Artois und zwischen Dife und Risne Artilleriekämpfe. Auf dem Nordufer der Risne, im Gebiet von Troyon sowie in der Champagne auf der Front Berthes-Beausejour wurde der Minenkampf zu unserem Vorteil fortgeführt. Im Südwesten zeitweilig aussehende Kanonade. In den Vogesen richteten sich unsere Truppen trotz des Bombardements in den gestern im Van de Sapt eroberten Stellungen ein. Die Zahl der gefangenen Deutschen erhöht sich auf 110 Offiziere und 825 Mann, unter denen sich nur 70 Verwundete befinden. Zahlreiche Tote blieben in den Schützengräben. Wir hatten unsererseits nur zwei Bataillone eines Linieninfanterieregiments angefehrt. In den eroberten Schützengräben wurden bereits 6 Maschinengewehre gefunden.

Frenchs Meldung.

London, 26. Juli. (B. L. V.) Feldmarschall French meldet: Am 21. Juli wiesen wir einen Bombenangriff auf den Krater, der durch eine Minenexplosion westlich von Hooge am 20. d. M. entstanden war, ab. Unsere schwere Artillerie brachte Mörser in den Schützengräben zum Schweigen. Am 22. Juli liehen wir unter dem Vorsprung der deutschen Linie südlich von Jillebeke eine Mine springen, durch die ein feindlicher Schützengraben vernichtet wurde. Kurz darauf ließ der Feind etwas mehr südlich eine Mine springen, ohne Schaden anzurichten. Seitdem gewannen wir einiges Gelände durch die Besetzung des Kraters einer deutschen Mine, den wir mit unseren Linien in Verbindung brachten. Gestern wiesen wir wieder einen heftigen Bombenangriff auf unsere Schützengräben rund um den Krater bei Hooge ab.

Der türkische Krieg.

Zur Seeblockade Griechenlands.

Athen, 26. Juli. (Von dem Sonderberichterstatter des B. L. V.) Die Seeblockade Griechenlands, die, seitdem die englische Admiralität förmlich erklärt hat, sie werde alle griechischen Handelsschiffe anhalten, deren Papiere nicht von englischen Marinebehörden geprüft sind, vollständig geworden ist, greift hier schon störend in das tägliche Leben ein. Es ist soweit gekommen, daß griechische Schiffe nicht ohne die Gefahr, aufgehalten zu werden, sich von einem griechischen Hafen zum anderen begeben können. Viele Wagen mit Postkoll notwendigster Handelsartikel aus Oesterreich und Deutschland können aus diesen Gründen nicht nach Athen gebracht werden. Die Aufregung über das rücksichtslose Vorgehen Englands wird immer größer, da man den vollständigen Zusammenbruch eines großen Teiles des griechischen Handels voraussieht, wenn die Engländer nicht ihre Apatertalität einsstellen.

Der Seekrieg.

Torpedierte Dampfer.

London, 26. Juli. (B. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Nach einer Meldung aus Capewrath wurde der französische Dampfer „Danae“ (1605 Tonnen) nordwestlich von Capewrath versenkt. Die Besatzung wurde nach Stornoway gebracht. Ferner wurde der Dampfer „Firth“ (406 Tonnen) aus Aberdeen torpediert. 4 Mann der Besatzung wurden getötet, 6 Mann wurden an Land gebracht. Auch der Fischdampfer „Briton“ aus Aberdeen ging verloren. Nach einem Bericht der Admiralität wurde der Kapitän getötet, 5 Mann der Besatzung ertranken. Auch die Lowestofters Fischdampfer „Henry Charles“, „Kathleen“, „Activity“ und „Prosper“ fielen deutschen Unterseebooten zum Opfer. Die Besatzungen wurden an Land gebracht.

Aus Grimshy wird gemeldet, daß der Fischdampfer „Perseus“ am Sonnabend in der Nordsee in die Luft geflogen ist. Die Besatzung von 9 Mann wurde gerettet.

London, 26. Juli. (B. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der englische Dampfer „Orange wood“, von Archangelsk nach Havre unterwegs, wurde am 24. Juli in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboote versenkt. Die Besatzung ist gerettet.

Die französische Presse über die amerikanische Note.

Paris, 26. Juli. (B. L. V.) In Besprechung der amerikanischen Note erklären die Blätter, die Antwort der Regierung in Washington sei klarer und energischer als die vorher-

gehenden Noten. Sie stelle in klarer Weise die Rechte der Neutralen auf. „Matin“ erklärt, trotz des festen Tones der Note werde Deutschland sicherlich in der Note die Möglichkeit finden, neue Ausflüchte zu suchen, aber die Note vergrößere die Hoffnung der Alliierten, Amerika in der Frage des Unterseebootkrieges intervenieren zu sehen. „Petit Parisien“ schreibt, die Note stelle Deutschland in aller Form vor die Notwendigkeit, sich klar zu äußern, ohne weitere Ausflüchte zu suchen. „Gaulois“ betont, die Hauptsache sei gewesen, daß Amerika aus seiner Passivität heraussträte und die Interessen Deutschlands zerstöre. Dies tue die Note. „Echo de Paris“ erklärt, das Wort „unfreundlichkeit“ sei eine Vereinerung in der Tonleiter der Proteste. Je mehr man einsehe, daß das Prestige der Vereinigten Staaten auf dem Spiel stehe, desto besser werde man die Nuance in der Bedeutung dieses Wortes erfassen. „Liberté“ findet, die Note hinterlasse den Eindruck, daß Amerikas Geduld zu Ende sei und daß Amerika die verschleppte Politik Deutschlands nicht mehr länger ertragen wolle.

Der Krieg und die Kolonien.

Die südafrikanischen Verluste.

Pretoria, 26. Juli. (B. L. V.) Amtlich wird gemeldet: Die Verluste der Unionstruppen in Damaraland betragen insgesamt 849 Mann, davon 127 Buren und 127 Engländer, verwundet 296 Buren und 299 Engländer. Die Verluste bei dem Aufstande betragen 409 Mann.

Die sozialen Kämpfe in den Vereinigten Staaten.

Es ist natürlich, daß die Aufmerksamkeit der europäischen Arbeitererschaft fast ausschließlich von dem fürchtbaren Krieg in Anspruch genommen ist, der gegenwärtig Europa durchdringt. Dennoch darf die Arbeitererschaft nicht ganz den Blick verlieren für die wirtschaftlichen Zustände in den nicht vom Kriege überzogenen Ländern und dem sozialen Kriege, der dort ununterbrochen herrscht. Besonders in den Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren der soziale Kampf Formen angenommen, die durchaus kriegerische genannt werden müssen und Opfer, unerhört, sind gefallen im sozialen Kriege, sind gefallen im direkten Kampfe, sind gefallen von der den Kämpfen nachmähenden Justiz, die sich meist ausschließlich den amerikanischen Kapitalisten gegen die Arbeiter zur Verfügung stellte. Wir erinnern uns noch der Arbeiterkämpfe in Westvirginien, in Colorado, in den Minendistrikten des Stahlstrustes, da und dort. Die staatliche Miliz ging gegen die Streikenden vor, Privatpolizisten wurden angeworben, um Streiker mit Knüppel, Revolver und Dynamit zu terrorisieren. Man warb „Gangster“ (zu und von allen käufliche Subjekte aus den tiefsten Schichten des Volkes), rüstet „Gunmen“ und „Sunwomen“ aus, die mit Revolver und Messer Streiker und Streikerinnen bearbeiten sollten. Man organisierte die „nützlichen Subjekte“ zum Streikbruch. Kapitalisten legten vorteilhaft ihre Gelder in umfassenden Unternehmen an zur Lieferung von Scabs (Streikbrechern).

Es liegt auf der Hand, daß das amerikanische Proletariat, das gewerkschaftlich verhältnismäßig gut organisiert ist, leider aber politisch sich zumeist noch in Händen aller möglichen politischen Drahtzieher befindet, dem die Geschlossenheit einer politischen, prinzipiell sozialistischen Organisation fehlt und das daher nicht die politische Erziehung und Disziplin und dadurch nicht den Einfluß in Staat und Gesellschaft hat, der ihm gebührt — es liegt auf der Hand, daß dieses Proletariat in der Abwehr gegen die An- und Uebergriffe des Unternehmertums zu Mitteln griff, die in Europa der Vergangenheit angehören. Erbittert durch die Angriffe der Miliz, der Privatpolizisten, der Gunmen, die oft Hunderten von Arbeitern den Tod brachten oder sie verletzten, kam es zu wahren Schlächten zwischen den Arbeitern und den Söldlingen der Kapitalisten. Dann griff die Justiz ein. Sie schenkte dabei nicht zurück vor den offenkundigen Rechtsbrüchen, wie in den Fällen der Brüder Mac Ramara, Gaywood und anderen, von den Unternehmern gezahlte Burschen traten als Kronzeugen auf. So kamen viele Anklagen gegen Arbeiterführer und Arbeiter auf Word, Worbangriff, Erpressung ufm. zustande und führten zu den härtesten Verurteilungen. Auch andere Mittel, um die Arbeiterorganisationen zu hindern, für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder zu wirken, wurden angewandt. So wurde vor einiger Zeit die Gutmachergewerkschaft vom obersten Bundesgericht als letzter Instanz wegen des Boykotts derjenigen Fabrikanten, die ihren Arbeitern keine angemessenen Löhne und Arbeitsbedingungen bewilligten, zu 250 000 Dollar — über eine Million Mark — Buße verurteilt, zu zahlen — an den Unternehmerverband.

Prozesse gegen angeklagte Unternehmer oder deren Helfer endeten meist mit Freisprechung. Jetzt erst, in den letzten Tagen des Mai, endete ein Prozeß gegen Privatpolizisten (Deputies), die wegen der Ermordung eines Streikers bei einem Angriffe auf Ausständige vor dem Middlesex-County-Gericht zu New Brunswid angeklagt waren, mit ihrer Verurteilung. Die Verurteilten waren als „Deputies“ zum Streikdienst bei den Düngersfabriken zu Roosevelt bereidigt und von der Harry O'Brien Detektiv-Agentur zu Newark geliefert worden. Das Urteil hat überrascht. Denn es galt allgemein als sicher, daß in jedem Falle die Streiker Unrecht und ihre Gegner selbst in Fällen brutalster Gewaltanwendung Recht haben. Freilich, solange nur die Werkzeuge getroffen werden und nicht jene, die sie bezahlen — die Unternehmer — ist den Arbeitern mit solchen vereinzelt Verurteilungen wenig gedient.

Es ist ganz selbstverständlich, daß Zustände, wie die geschilderten, selbst ein starkes Staatsleben erschüttern können und müssen. Das sah Präsident Wilson ein und er ernannte sogenannte Industrie-Kommissionen, die Untersuchungen über die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und über die Ursachen der „sozialen Unrast“ anstellen sollten. Die Kommission bestand aus einigen Arbeitern, einigen Unternehmern und anderen Persönlichkeiten, darunter auch eine Frau. Den Vorsitz führte F. W. Walsh. Die Untersuchungen werden so vorgenommen, daß Arbeiter, Arbeiterführer, Unternehmer und sonstige Personen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vernommen wurden, und zwar öffentlich.

Der Vorsitzende Walsh übte sein Amt ohne Ansehen der Person. Die hervorragendsten Kapitalisten mußten sich bis auf die Nieren prüfen lassen, wie die Arbeiter.

Herr Walsh ließ sich weder durch die Hofe der Rockefeller, Lincoln und ihrer Manager, noch durch ihre Entrüstung daran hindern, den Schleier von dem kapitalistischen Getriebe hinwegzuziehen. So stellte er fest, daß die Pullman Car Compagnie ihren „Porters“ monatlich nur 27,50 Dollars zahlt. Ein Hundelohn. Aber die reiche Gesellschaft ivesturiert auf die Trinkgelder, die das reisende Publikum den Porters gibt. Sie

macht an ihren 6500 angestellten Porters so große Ersparnisse und das Publikum unterhält die Arbeiter dieser Gesellschaft. Der Vorsitzende der Pullman Car Compagnie ist ein Herr Vinton, der Sohn des ermordeten Präsidenten Abraham Lincoln. Als Herr Walsh ihn fragte: „Wenn die Trinkgelder an die Porters abgehafft würden, wäre die Gesellschaft nicht genötigt, die Löhne der Leute zu erhöhen?“ Da sagte Herr Vinton: „Unzweifelhaft!“ „Dann sind also die Aktienbesitzer der Pullman Compagnie die eigentlichen Empfänger der Trinkgelder?“ meinte Walsh. Und Vinton, der Sohn eines großen Vaters, antwortete ohne Erörtern: „Als mathematischer Vorderjag ist dies unzweifelhaft der Fall.“

Ueber Charles W. Schwab, dem Stahlkönig von Bethlehem, wurde ausgesagt, daß er so schlechte Stahlmaschinen für die Vhig Valley Eisenbahn lieferte, daß dadurch eine Entgleisung herbeigeführt wurde, die 17 Personen das Leben kostete. Außerdem wurde festgestellt, daß noch 78 Proz. der Arbeiter an den Höfen des Stahlstrusses sieben Tage in der Woche arbeiten. Der bekannte Gewerkschaftsführer Anton Johannsen behauptete, daß dem Kampfe des Schwabischen Stahlstrusses gegen die gewerkschaftlichen Organisationen 5000 Menschenleben zum Opfer gefallen seien; das solle das Land hören.

John D. Rodefeller, der Jüngere, war mit seinem Anwalt und Präbanten Roy Lee und dem Direktor des „Rodefeller-Bureaus für industrielle Forschung“ erschienen. Dieser Direktor ist der frühere kanadische Arbeitsminister Madensin King. Mit Herrn King und Rodefeller hatte der Vorsitzende Walsh viele Zusammenstöße, denn beide Herren glaubten Anrecht auf eine besondere Behandlung zu haben. Bei besonders kühnen Fragen verließ Herr Rodefeller das Gedächtnis. Aber es wurde festgestellt, daß die beiden Rodelfellers an den blutigen Streikereignissen in Colorado den innigsten Anteil hatten und daß sie die staatlichen Behörden durch Agenten gewonnen und gegen die Streikenden mobil gemacht hatten. Nebenbei hatten die Rodelfellers noch einige Hundert private Schießbolde gegen die Bergarbeiter und ihre Familien losgeschleudert. Ebenso gewiß wurde es, durch die Vernehmung Rodelfellers, daß die Geschworenen in den Prozessen unter dem Einflusse der Rodelfellers standen und ihr Verdict abgaben. Walsh wies dem Rodefeller nach, daß er die Arbeiter durch falsche Gewichte betrügen ließe, mit dem Blutgelde würden die Universitäten des Landes beeinflusst. Ebenso schlecht wie Rodefeller schnitten seine Sandlanger King, Lee und Powers ab, und es dürfte nicht unmöglich sein, daß auf Grund des Beweismaterials der Bundes-Industrie-Kommission die ganze Rodefeller-Sippe unter Anklage gestellt wird. Festgestellt ist gegen Rodefeller und seine Handlanger: Betrug an den Arbeitern, Anwerbung von Schießbolde, Ausrüstung derselben mit Waffen, intellektuelle Urheberchaft des Ludlow-Massakers, Beeinflussung der Staatsbehörden, Beeinflussung und Bestechung der Gerichte, Bestechung der Presse — kurz ein ziemliches Register von Verbrechen; auf manchen davon sieht der Strid.

Es wäre interessant, die Ausführungen, die Mutter Jones, die einundachtzigjährige Arbeiterorganisatorin, Genosse Haywood und andere vor der Kommission machten, festzuhalten; es wäre interessant, die Zeugenaussagen über die verheerende Kinderarbeit im Süden der Vereinigten Staaten zu behandeln — aber das würde zu weit führen und vor allem die Tatsache verdunkeln, daß vor der Bundes-Industrie-Kommission festgestellt wurde, daß die hervorragendsten Industriellen in den Vereinigten Staaten Profite mit den unredlichsten Mitteln machen und daß sie die Arbeiterorganisationen mit Mitteln bekämpfen, die verbrecherische sind.

Die Sozialistenverfolgungen in Italien.

Man schreibt uns aus Italien: Die Verhaftung eines sozialistischen Bürgermeisters und sämtlicher sozialistischen Stadträte in Gardone, Val Cromptio, wie auch die Verhaftung von einigen jugendlichen Sozialisten, und zwar wegen antimilitaristischer Propaganda, beschäftigt nach wie vor die öffentliche Meinung und gibt zu den verschiedensten Kommentaren Anlaß. Auffehen erregend war vor allem die Art und Weise der Verhaftung: früh morgens nach einer peinlichen Hausdurchsuchung wurden Bürgermeister und Stadträte im Gefängniswagen nach Brescia gebracht, wo die gerichtliche Untersuchung gegen die Verhafteten eingeleitet worden ist. Zur gleichen Zeit sind in Brescia einige Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisation verhaftet worden. Das Vorgehen ist wahrscheinlich auf die militärisch äußerst wichtige Lage Brescias und Gardones zurückzuführen, wo die Militärbehörden aus naheliegenden Gründen doppelte Vorsichtsmassregeln gebrauchen.

Genosse Abgeordneter und Rechtsanwalt Treves hat sich bereits nach Brescia begeben, um sich über die Sachlage zu erkundigen und die eventuelle Verteidigung der Verhafteten zu übernehmen. Die Abgeordneten Treves und Turati werden bei der Regierung über das Vorgehen der örtlichen Behörden Einspruch erheben, um so mehr, als es sich auch nach dem Bericht des Spezialrespondenten des „Avanti“ um einen politischen Raubhandelt.

Während die ganze Provinz Brescia gut katholisch ist und eine vorwiegend ländliche Bevölkerung hat, verfügt Gardone Val Cromptio über eine rasch sich entwickelnde Industrie und hat somit den einzigen sozialistischen Gemeinderat in der ganzen Provinz. Es ist den Arbeitern gelungen, den Gemeinderat durch das allgemeine Wahlrecht zu erobern, nachdem seit etwa 30 Jahren die „Liberale“ am Ruder waren und die Klerikalen sich bemühten, auch den Gemeinderat in Gardone zu erobern, damit die ganze Provinz klerikal verwaltet sei. Doch scheint die Verhaftung der sozialistischen Gemeinderäte nicht einen ausschließlich politischen Charakter zu haben, sondern auf die Angst zurückzuführen zu sein, die die Kriegslieferanten haben: da in der Ortschaft sieberhaft schnell und viel für den Krieg gearbeitet wird, fürchten die am Gewinn beteiligten Industriellen, die regen Gemeinderäte und der Bürgermeister könnten die Arbeiter der Munitionsfabriken in eine Lohnbewegung hineinzuführen oder aber eine solche unterstützen oder wenigstens nicht verhindern.

Diese Erklärung der Vorgänge scheint auch deshalb die naheliegendste zu sein, weil die Anklage des Antimilitarismus schon dadurch entkräftet wird, daß nach Kriegsausbruch der Gemeinderat einen Aufruf erlassen, in dem er hervorhebt, daß er „mit ruhigem Gewissen“ feststellt, seine Pflicht getan zu haben, um, wenn es möglich gewesen wäre, das Blutvergießen der Söhne des italienischen Volkes zu vermeiden“, jetzt aber sich vornimmt, „in der schweren Stunde, in der das Schicksal des Landes dem Volke und dem Erfolge der Waffen anvertraut ist, mit derselben Eingabe für die Bänderung der Rot und der Folgen des Krieges einzutreten“, in der Hoffnung, daß alle Bürger dazu beitragen werden, die öffentliche

Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten“ usw. Schwerlich ist eine Spur von Antimilitarismus im Aufrufe zu entdecken.

Die Verhaftung der jugendlichen Sozialisten, von denen einige bereits aus der Haft entlassen worden sind, ist auf die allgemeinen Verfolgungen, denen die Jugendlichen unterliegen, zurückzuführen.

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus Lugano gemeldet:

„Die nationalistischen Blätter begrüßen die Verhaftung des Bürgermeisters von Gardone und anderer Sozialisten und fordern die Ausdehnung der energischen Maßregeln auf alle Führer und Agitatoren der Partei. Nach der „Idea Nazionale“ sei es die höchste Zeit für die Regierung, zuzuschlagen, ehe es den Agitatoren gelingen sei, in etwelchen Hauptindustrienzentren die Arbeiter zur Arbeitseinstellung zu bewegen. „Avanti“ bemerkt hierzu, die sozialistische Partei erwartet die Ereignisse stehen den Füßen; ihr Programm, in dem sie bekanntlich energisch gegen den Krieg Stellung genommen habe, sei vor dem Kriege festgelegt, und von diesem weiche sie auch heute keinen Schritt zurück.“

Theatralische Demonstration für die „heilige Einigkeit“.

Paris, 26. Juli. (B. L. B.) Nach dem „Temps“ ist in der letzten Beratung der Vorsitzenden der Kammergruppen und -ausschüsse über eine feierliche Kundgebung zur Befestigung der von Poincaré am 4. August verkündigten „heiligen Einigkeit“ verhandelt worden: namens der Regierung soll dabei Viviani, namens der Kammer Deschanel eine Ansprache halten.

Die parlamentarische Kontrolle in Frankreich

Paris, 26. Juli. (B. L. B.) Nach der „Humanité“ haben die fünf Gruppen der Linken in der Kammer (Sozialisten, republikanische Sozialisten, Radikalsozialisten, Radikale und Linkerepublikaner) vorgestern die Frage der parlamentarischen Kontrolle, besonders über das Sanitätswesen und die Tätigkeit der großen Kammerausschüsse erörtert. Die Gruppen sind der Ansicht, daß die parlamentarische Kontrolle ungenügend sei und wirksamer ausgeübt werden müsse. Die Delegierten der Gruppen der Linken werden heute in einer Plenarsitzung diese Frage nochmals erörtern. Die Sozialistengruppe werde fordern, daß die Delegierten aller Kammergruppen ohne Parteiunterschied hinzugezogen werden.

Kritik an der Zwangsverwaltung deutschen Besitzes.

Wien, 26. Juli. (B. L. B.) „Progess“ berichtet aus Paris: In der gestrigen Sitzung des Senats kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Senator Gaudain de Villaine und Briand. Villaine warf der Regierung vor, daß eine Anzahl deutscher Firmen in Frankreich nicht unter Zwangsverwaltung gestellt worden sei. Besonders habe man Häufern wie Rothschild gegenüber die größte Milde walten lassen. Die Regierung lasse es auch an der nötigen Energie zur Unterdrückung des Handels mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch Vermittler fehlen. Briand erklärte, daß alle Firmen, in denen deutsches, österreichisches oder ungarisches Kapital investiert sei, sequestriert worden seien und daß die französische Justiz nicht unter dem Einflusse antisemitischer und antiprotestantischer Vorurteile handeln werde. In allen Fällen, wo die Zwangsverwaltung aufgehoben worden sei, habe es sich erwiesen, daß es sich nicht um deutsche, österreichische oder ungarische Firmen handle. Die französischen Behörden würden auch weiterhin mit aller Schärfe, jedoch auch mit aller Gerechtigkeit vorgehen.

Die Personenstandsaufnahme in England.

Die „Morning Post“ vom 19. Juli gibt bekannt, daß die Regierung ein Rundschreiben erließ betreffend die durch die Ortsbehörden zu ergreifenden Schritte zwecks Erfüllung der Vorschriften des Registrierungsgesetzes. Als Tag der Personenstandsaufnahme ist Sonntag, der 15. August, festgesetzt. Die Fragebogen werden in jedem Wohnhause innerhalb sechs Tagen vor jenem Tage verteilt und in den nachfolgenden Tagen wieder eingegeben. Man hofft, daß je am folgenden Mittwoch alle wieder eingekammelt sein werden.

Die zu beantwortenden Fragen sind folgende:
Alter.
Wenn auswärts geboren und nicht Brit: Nationalität angeben.
Angabe, ob alleinstehend, verheiratet oder verwitwet.
Wieviel Kinder sind zu versorgen, 1. unter 15 Jahren, 2. über 15 Jahren.
Wieviel andere Personen außer Angestellten haben Sie zu versorgen? 1. ganz, 2. teilweise.
Beruf oder Beschäftigung: genaue Angabe der besonderen Art der verrichteten Arbeit, und welches Material Sie bearbeiten oder betreiben (wenn überhaupt).
Name, Geschäft und Geschäftsadresse des Arbeitgebers (wenn zutreffend).
Sind Sie für eine oder in irgend einer Regierungsabteilung beschäftigt?
Sind Sie in irgend welcher Arbeit, die Sie ausüben, geschult? wenn ja, in welcher?
Sind Sie in der Lage und gewillt, solche Arbeit zu übernehmen?

Beschwerden über Rumänien.

Das „Berliner Tageblatt“ gibt einer Zuschrift aus Galatz Raum, in der sich der Einfender lebhaft über das schlechte Benehmen Rumäniens beklagt. Gerügt wird der Erlaß von Ausfuhrverboten für Hafer, Weizen, Roggen, Bohnen, Mehl, Gerste usw. Außerdem wird schmer getadelt, daß die rumänische Regierung von Mais einen Ausfuhrzoll von 500 Fr. und von Bohnen von 3000 Fr. und dazu noch einen Zuschlag von 2000 Fr. für das rumänische Rote Kreuz für den Waggon in Gold erhebt.

Unter den vielen Beschwerden über das Verhalten Rumäniens erscheint eine sicherlich berechtigt:

„Deutsche Häuser, von denen noch seit vorigem Monat Getreideeinkäufe in Rumänien vorgenommen worden waren, hatten gleichgültig bei der königlichen rumänischen Eisenbahnverwaltung Frachtbriefe für das Getreide einregistriert und, solange jene Verorebnung noch nicht getroffen war, ging es ja leicht gut, wenn auch etwas langsam. Es handelte sich ausschließlich um leere deutsche Waggon, die nach den rumänischen Bahnstationen kamen, um das früher gekaufte Getreide nach Oesterreich und Deutschland abzutransportieren. Seit jener Verordnung aber wurden die deutschen Waggon einfach nur dazu benutzt, um das Getreide (Mais) der Landwirte wegzuschaffen, ohne daß man sich nur im geringsten kümmerte, daß diese Waggon durch die so viel früher erfolgte Einregistrierung dazu bestimmt waren, das Getreide der deutschen Häuser aufzunehmen. Der Verlust, den die deutschen Häuser, die noch etwa 30000 bis 40000 Waggon Getreide zu bekommen haben, erleiden, ist ein dreifacher: erstens dadurch, daß sie ihre

nach im vorigen Jahre gekaufte und voll bezahlte Ware überhaupt nicht erhalten; zweitens, daß ein großer Teil davon durch die lange Lagerung dem Verderben ausgehett wurde und drittens und hauptsächlich dadurch, daß sie für jeden deutschen Waggon, der nach Rumänien geschickt wurde, um den schon so lange gekauften Mais zu bringen, mindestens den dreifachen Preis an die Landwirte bezahlen müssen.

Es ist dies ein so himmelschreiendes Unrecht, daß es der gesunde Menschenverstand kaum zu fassen vermag. Die deutsche Regierung hat denn auch endlich den Entschluß gefaßt, diesem Unflug dadurch ein Ende zu machen, daß sie der rumänischen Regierung erklärte, sie wolle keinen einzigen Waggon mehr nach Rumänien senden, diese letztere möge nun sehen, wie sie ihr Getreide hinausbringen soll.“

Saffibar für diese Maßregeln wird der Finanzminister Castinescu gemacht, den das „Berliner Tageblatt“ zwar den bestgehaften Mann Rumäniens nennt, von dem aber in demselben Abhag auch gesagt wird, daß er ein mächtiges Regierungsmitglied ist und daher von seinen Kollegen geduldet werden muß.

Die rumänische Gesandtschaft in Berlin wird aber nicht umhin können, mit einer authentischen Erklärung auf jene begründete Beschwerde zu antworten.

Wie der „Frankf. Jtg.“ aus Braila, dem großen rumänischen Donauhafen, gemeldet wird, ist die Ausfuhr von Weizen, Roggen und Gerste nunmehr gestattet worden. Für jeden Waggon ist ein Zoll von 600–800 Frank zu entrichten; die Abgabe für das Rote Kreuz fällt weg.

Amerikanische Rüstungen.

Washington, 26. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Kriegsdepartement plant, eine Reservearmee zu bilden, die aus einer halben Million Mann außer der Miliz bestehen soll. Das Marinedepartement wird dreißig bis fünfzig Unterseeboote, mehrere Schlachtkreuzer vier Dreadnoughts und viele Hilfschiffe verlangen. Das Departement macht bereits mit Flugmaschinen und Unterseebooten Versuche und gibt hunderttausend Dollar allein für den Zweck aus, um Mittel zu finden, durch die Schlachtschiffe Unterseeboote bekämpfen zu können. Man glaubt, daß das Marinedepartement zweihundertfünfzig Millionen und das Kriegsdepartement zweihundert Millionen beanspruchen wird, beide doppelt so viel, wie im letzten Jahre.

Teilnahme der südafrikanischen Union am Kriege in Europa.

Kapstadt, 26. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bei einem Festmahl zu Ehren Botschafter Smuts, wenn eine friedliche Entwicklung Südafrikas gewünscht werde, müsse man festhalten, was man gewonnen habe, und jedermann auf der Welt deutlich machen, daß man dazu fest entschlossen sei. Es sei die Pflicht der Union, am Kriege in Europa teilzunehmen.

Auch Botschafter hat sich nach einer Hoager Meldung des „Lokal-Anzeiger“ im gleichen Sinne ausgesprochen.

Kriegsbekanntmachungen.

Kein Bedarf an warmer Unterkleidung.

Berlin, 26. Juli. (B. L. B.) Die Seeresverwaltung teilt mit, daß für einen etwa kommenden Winterfeldzug der Bedarf an warmer Unterkleidung, namentlich an Handschuhen, Fußwärmern und Stoppfischütern, schon jetzt reichlich gedeckt ist.

Zur Beachtung bei Sendungen an Kriegsgefangene.

Die Bestimmung, wonach Päckchenbriefe mit Wareninhalt an deutsche Kriegs- und Zivilgefangene im Auslande den Vermerk: „Enthält keine schriftlichen Mitteilungen“ tragen sollen, wird vielfach nicht beachtet. Es wird daher im Interesse der Absender erneut auf diese Vorschrift hingewiesen. Sendungen ohne diesen Vermerk dürfen von der Post nicht befördert werden.

Ordnungsmäßige Verpackung von Feldpostsendungen.

Die verschiedenen in letzter Zeit durch die Presse veröffentlichten Hinweise auf die Unzulänglichkeiten, die aus der mangelhaften Verpackung der Feldpostsendungen mit frischem Obst, Butter, Honig usw. entstehen, haben leider bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Noch immer werden Erdbeeren, Kirchen, Honig, Butter usw. in einfachen Pappkästen, ja sogar in hoher Papiermüllung bei den Postanstalten ausgeliefert. Bei aller Würdigung der die Absender ohne Zweifel leitenden guten Absicht, die Krieger im Felde mit ihren Gaben zu erfreuen, kann doch nur immer wieder von der Verpackung solcher, Feuchtmittel abgehenden und überdies leicht verderblichen Lebensmittel während der Sommermonate dringend abgeraten werden, weil bei den besonderen für die Front in Betracht kommenden Verhältnissen keine Gewähr dafür besteht, daß die Empfänger die Sachen auch wirklich noch in genießbarem Zustande erhalten. Mindestens aber hat die Verpackung von frischen und auch eingemachten Früchten, von Butter, Honig, Marmelade und ähnlichen Waren in Wechbehältern mit fest schließenden Deckeln zu erfolgen. Dabei ist auch darauf zu achten, daß die Aufschriften auf den Sendungen haltbar angebracht werden, damit sie nicht unterwegs abfallen und die Sendungen dann herrenlos werden.

Bei dieser Gelegenheit sei noch an die ordnungsmäßige Verpackung von Flaschen mit Flüssigkeit erinnert. Bei Verpackung solcher Flaschen muß durch eine genügende Einlage von Baumwolle, Sägespänen oder geeigneten schwammigen Stoffen dafür gesorgt werden, daß der Flascheninhalt beim Schabastwerden der Flasche ausgefangt wird.

Die Postanstalten sind nochmals angewiesen, Feldpostsendungen in unzureichender Verpackung unbedingt zurückzuweisen. Die erfolgte Annahme befreit aber, wie noch ausdrücklich betont wird, nach den gesetzlichen Bestimmungen die Absender nicht von der Haftung für Nachteile, die für die Postverwaltung durch die mangelhafte Verpackung der Sendungen oder durch die Natur ihres Inhalts etwa entstehen.

Letzte Nachrichten.

Der Austausch von Schwerverwundeten.

Konstanz, 26. Juli. (B. L. B.) Gestern ging wieder ein größerer Transport französischer Schwerverwundeter von hier nach Lyon ab. Unter ihnen befand sich auch eine Anzahl Austauschgefangener, die bisher in Rodolzell untergebracht waren. Mit demselben Zug fuhr auch ein Transport französischer Sanitätsmannschaft nach Frankreich ab. Deutsche Verwundete oder deutsches Sanitätspersonal ist seit dem letzten Donnerstag hier nicht mehr eingetroffen.

Politische Uebersicht.

Zusammentritt des Reichstages.

Die nächste Vollsitzung des Reichstages findet am 19. August, nachmittags 2 Uhr, statt. Die Haushaltskommission des Reichstages wird ihre Beratungen am 17. August, vormittags 10 Uhr, wieder aufnehmen.

Die Frage der Wirtschaftsgemeinschaft.

Die „Welt am Montag“ hat eine einfache Formel zur Ueberwindung aller Schwierigkeiten entdeckt, Deutschland und Oesterreich-Ungarn in einen handelspolitischen Verband zu verschmelzen.

Die Wirtschaftsgemeinschaft kann gemacht werden. Es bedarf dazu nur des übereinstimmenden Willens der drei Regierungen in Berlin, Wien und Budapest und der übereinstimmenden Beschlüsse der drei Parlamente. Zahllose Interessenten würden schreien, das weiß ich. Ueber dies Weisheit mühte zur Tagesordnung übergegangen werden. Regierungen wie Volkstretter mühten eben den Mut haben, um eines wahrhaft großen Zieles willen auch die schärfsten Angriffe in Kauf zu nehmen.

Fatal ist nur, daß, wie die Erfahrung beweist, der Krieg eine gründliche parlamentarische Prüfung von Gesetzen selbst in den Ausschüssen erschwert.

Das Beste aber ist, daß das österreichische Parlament seit Februar 1914 nicht einberufen ist, daß es während des ganzen Weltkrieges im Gegensatz zu dem ungarischen und deutschen Reichstag und der russischen Duma nicht getagt hat, und daß sich die österreichische Regierung mit § 14-Verordnungen durchgeholfen hat. Dieser in der parlamentarischen Geschichte Oesterreichs hochberühmte Paragraph gibt der Regierung das Recht, selbständig gesetzgeberisch tätig zu sein, wenn die dringende Notwendigkeit hierzu besteht und der Reichsrat nicht versammelt ist.

Und selbst, träten die Parlamente zusammen, so könnte ein so fundamentales Gesetz nicht leicht durchgepeitscht werden. Es sei nur erinnert, daß nicht nur zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern auch zwischen Oesterreich und Ungarn, die zwei selbständige Staaten sind, Gegensätze bestehen. Die ungarischen Industriellen wollen nicht nur gegen deutsche, sondern auch gegen österreichische Fabrikate den Zollschutz, während die Agrarier in Hoffnung auf den deutschen Markt einer gegen außen durch unüberwindliche Zollmauern luftdicht abgeschlossenen Wirtschaftsgemeinschaft nicht abgeneigt sind.

Die „Welt am Montag“ bemerkt noch:

Die Wirtschaftsgemeinschaft als Kampforganisation oder wenigstens als dauernde Kampforganisation gedacht, wäre ein Unglück. Sie kann vorübergehend zu Kampfmaßnahmen oder wenigstens zu Kampfandrohungen gezwungen sein. Aber ihr Zweck darf nicht der Kampf sein. Wenn das Endziel dieses Krieges die Verschärfung oder auch nur die Verewigung der Hochschußzöllerei wäre, so wäre das für die Massen des Volkes, ja aller Völker, eine wahrhaft trostlose Aussicht.

Die Verschärfung und Verewigung der Hochschußzöllerei ist eine besonders große Gefahr, weil die Entwertung der Währung in verschiedenen Ländern auf alle Waren einen Vertzoll in der Höhe dieser Entwertung legen wird. Die Wirtschaftsgemeinschaft — im Grunde handelt es sich gar nicht um eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern um

eine Einschränkung des niedrigeren Vertragstarifes, um eine stärkere Betonung des autonomen Tarifes durch Abänderung der Meistbegünstigungsklausel — kann aber gar nicht auf einige Wochen oder Monate als Kampforganisation wirken. Ihre Folgen sind dauernd und müssen es sein. Oder glaubt jemand, daß Großbritannien, wenn es unter dem Druck eines Finanzbedarfes und in Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit von Kompensationsobjekten erst einmal zum Schutzzoll übergegangen ist, der deutschen Einfuhr morgen wieder Tür und Tor öffnen wird?

Die neuen Höchstpreise.

Die neuen Bundesratsverordnungen über die Höchstpreise liegen jetzt im Wortlaut vor. Neben der Erhöhung der Höchstpreise für die östlichen Bezirke und der Festsetzung der halbmonatlichen Zuschläge von je 1,50 M. vom Januar 1916 ab enthält die Verordnung eine weitere Bestimmung, die preis erhöhend wirken wird. Bisher war vorgesehen, daß zu den Höchstpreisen Zuschläge von insgesamt 4 M. pro Tonne für Kommissions- und Vermittlungsgebühren gemacht werden können. Die neue Verordnung läßt es nun zu, daß diese Händlergebühr bis auf neun Mark erhöht wird. Weiter werden die Kommunalverbände und die Reichsgetreidestelle sogar verpflichtet, eine Gebühr von mindestens je sechs Mark zu erheben. Der betreffende Passus lautet:

„Die Kommunalverbände und die Reichsgetreidestelle in Berlin dürfen den Zuschlag bis auf 6 M., die Kommunalverbände in Fällen besonderen Bedürfnisses mit Genehmigung der Reichsgetreidestelle den Zuschlag bis auf 9 M. erhöhen. Die Kommunalverbände und die Reichsgetreidestelle dürfen bei Weiterverläufen den von ihnen gezahlten Zuschlag, mindestens aber 6 M. anrechnen. Die Reichsgetreidestelle ist bei Belieferung der Betriebe nach § 14 Abs. 1 d der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 363) an die Höchstpreise nicht gebunden.“

Die Praxis wird sehr bald ergeben, daß die Zuschläge sich ständig und überall auf mindestens 6 M. erhöhen.

Die neue Fassung der Höchstpreisverordnung gilt übrigens nicht nur für Roggen und Weizen, sondern auch für Hafer und Gerste.

Zuckererwinne.

Die Handelskammer zu Viefelsfeld hat in einer Eingabe an den Bundesrat darauf hingewiesen, daß „der Zwischenhandel gegenwärtig 7—8 M. an 100 Kilogramm Zucker verdient“. Das sei absolut nicht zu rechtfertigen, und es empfehle sich deshalb die Einführung von Höchstpreisen im Zwischenhandel.

Wenn die Stadt Konkurrenz macht.

Seit 14 Tagen verläuft die Stadt Köln von großen Fleischpreisen durch die Metzgermeister zu verhältnismäßig niedrigen Preisen an die Bevölkerung. Zur allgemeinen Ueberraschung konnten nun die Metzger auch Fleisch aus ihren eigenen Beständen wesentlich billiger abgeben, z. B. Speck um 20 bis 30 Pf. das Pfund. — Zucker kostete im Kölner Kleinhandel bisher 34 bis 36 Pf. das Pfund. Seit einigen Tagen verläuft die Stadt 5 Pfund zu 1,40 M. Flug annonciieren auch eine Reihe größerer Detailgeschäfte den Zucker zum gleichen Preise, „um den Hausfrauen den Weg zu den städtischen Verkaufsstellen zu ersparen“. — Ueberraschend billig verläuft die Stadt Gemüse. So z. B. Rot- und Weißkohl zu 15 Pf. das Stück (im Privathandel 22 bis 25 Pf.), Wirsing 8 Pf. (11 Pf.),

Kochbirnen 9 Pf. (im Privathandel 11 Pf.), Zwiebeln zwei Pfund zu 20 Pf. (im privaten Großhandel ein Pfund zu 28 Pf.).

Christliche Wünsche.

In der „Germania“ wird „der oberhirtliche Gruß des hochwürdigsten Herrn Armeebischofs“ veröffentlicht, in dem sich folgende Stellen finden:

„Nur heil'ge Not hat uns das Schwert in die Hand gedrückt, das ist eine Erkenntnis, die uns immer mehr im Laufe der Kriegszeit klar wird und uns beruhigt. Es ist ein gerechter und heil'ger Krieg, und sind die Opfer, die er von uns verlangt, auch riesengroß, zu noch größeren sind wir bereit. Denn immer deutlicher wird es klar, daß wir in einem Kampf stehen, in dem man uns nicht nur an die Kehle, sondern auch an die Seele will. Wir kämpfen nicht nur für unser Vaterland, wir kämpfen auch für das Christentum!“

Wir diesem größten aller Kriege, die unseren Planeten erschüttern, stehen wir an der Schwelle eines neuen Zeitalters! —

Finstere Mächte geben die Parole aus: „Die Zeit der Erde ist angekommen. Aus den Strömen des vergossenen Blutes soll glorieich ein neues, von Thronen und Klären befreites Zeitalter auferstehen!“

Die Waise ist gefallen! — Wir haben nicht gegen Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern gegen Herrschaften und Mächte, gegen die Weltherrschaften dieser Finsternis, gegen die Geister der Bosheit. (Eph. 6, 12.)

Die Geister der Bosheit sollen aber nicht triumphieren! Das Christenblut, das jetzt in Strömen auf den Schlachtfeldern fließt, soll nicht den Mauerlitt bilden für das Gebäude des Antichrist! —

Wie einst durch eine Flut von Wasser die Erde gereinigt wurde, so geschieht es jetzt durch eine Flut von Blut! —

Wir opfern diese Ströme von Blut in Vereinigung mit dem kostbaren Blut, welches täglich auf unseren Altären fließt, dem himmlischen Vater auf zur Sühne für die Sünden der Welt, zur Versöhnung mit ihm und zur Erlangung des allgemeinen, christlichen Völkerriedens, welcher das hohe Ziel ist, welches sich die verbündeten Kaiser gesetzt haben, bis das ihr kämpfet und wir mit dem H. Vater täglich beten. . . .

Wir werden siegen! — Aber noch immer ist die Parole: „Durchhalten! — Ausbarren in treuester Pflichterfüllung!“

Gneisenau sagt vom alten Blücher: „Sein „Vorwärts“ blüht in seinen Augen und schlägt in die Herzen der Soldaten ein!“

Wäge das Wort „Durchhalten“ sich tief in euer Herz ein-graben! —

Ausbarren in der Pflicht! —

Wer draußen kämpft oder in der Heimat beharrlich seine Pflicht erfüllt gegen das Vaterland, der gehorcht einem großen Gotteswillen! —

Werde nicht mutlos, lieber Soldat! Manches Verdienst bleibt unerkannt. Und Glück und Unglück gehören zum Soldatenstand und dessen poetischen Seiten. Glück ist heute mein, morgen dein! Wenn es dir zuläuft, fasse es fahn, dreht es den Rücken, so sei du zu stolz, ihm nachzulaufen. . . .

Erwarte niemals anderen Lohn für deine Treue, deinen Eifer, dein Verdienst als deine eigene Anerkennung und Gottes Wohlgefallen. —

Vergiß niemals, daß man durch seinen Schwur berechtigt ist, von dir zu fordern nicht nur dein Leben, sondern auch Standhaftigkeit und Ausdauer in allen Verhältnissen des Lebens. Reid und Eiferlust, Rangmut, fallen weg im Gemüte des echten Kriegers. Zum Besten des Ganzen nimmt er die vermeintliche Kränkung hin. Gleichgültig wird er gegen geachtete Hoffnungen und den Stützer-

Die Seele des Soldaten im Felde.

II. *)

Ein reichlich mißbrauchtes Wort der Oeffentlichkeit ist die „Begeisterung“ unserer Soldaten. Die Leute, die so daherreden, als könne ein Heer, das elf Monate lang unter großen Entbehrungen und Anstrengungen im Felde ist, anhaltend begeistert sein, verstehen das Wort nicht. Man meint vielleicht den guten Geist der Truppen, und dann hat man freilich recht. Aber „Begeisterung“ haben viele draußen nicht kennen gelernt. Beide Extreme, die Begeisterungsbarben wie die Flauen, überläßt die Front gern dem Hinterland. . . .

Dabei darf das zum Teil gereifte Lebensalter der Truppen als ein weiterer wichtiger Faktor nicht vergessen werden. Nicht umsonst sind die Reserven und Landwehren, bei aller Anerkennung für den guten Willen der Kriegsfreiwilligen, von den Führern besonders geschätzt. Ihre Stimmung ist gefestigt, ist reif, und gerade die Ruhe, das unaufgeregte Wesen trägt zu dem Eindruck eines reifen Volkes, den man da draußen so stark erhält, viel bei. Diese Familienväter wissen, was sie zu verlieren haben, und sie haben mehr zu verlieren als manche ganz jungen Leute, die den Wert des Lebens noch nicht kennen, denen dieser Krieg vielleicht das erste Hinaustrreten ins reale Leben, und nun gar in ein so erhöhtes Leben bedeutet; die oft auch wohl etwas Abenteuerfreude mitbringen, jedenfalls froh sind, etwas zu „erleben“. Darauf legen Landwehren weniger Wert. Aber um so tiefer sind sie von der Notwendigkeit durchdrungen, um derentwillen sie da draußen sind; sie erst wissen ganz, was es zu verteidigen gilt. Sie entbehren aber auch mehr Bequemlichkeit, Behaglichkeit, denn sie sind älter und an eine geordnete Hauslichkeit gewöhnt. Bismarck hat einmal gesagt: „Für Eroberungs- und Renommierpolitik sind unsere Landwehren, unsere Familienväter nicht da; sie würden sich wehren wie die Wären, wenn sie im Lager angegriffen werden, aber sie werden ebensowenig wie die Wären erobern wollen.“ In der Tat, sie sehen den Krieg durchaus als Verteidigungskrieg. . . .

In dem Kapitel „Tat und Wort“ heißt es: „Von der Redelust der anderen aber, der Zuhausegebliebenen, ist man, wenn man von draußen kommt, bestrebt. Es ist ja freilich eine alte Geschichte: je weniger man von einer Sache weiß oder versteht, desto mehr, weil um so hemmungsloser, kann man darüber reden. All die windigen Vermutungen, an die zu Hause viele Worte verschwendet werden, schmedet dem Zurückkehrenden fade. Man misachtet in der ersten Zeit das meiste, was in der Zeitung steht, den ganzen politisch wichtigsten Kleinram von verlauselten Ermägungen, von Reden, die in diesem oder jenem neutralen Lande irgendwelchen Parteiführer gehalten hat — das alles erscheint nicht wesentlich in dem Sinne, den man draußen gewöhnt war. Man kommt aus der Sphäre der härtesten und klarsten Tatsachen und hat für all das Indirekte und Vermittelte, das für die Kultur, auch in crasserem Betradt, bezeichnend ist, nicht gleich wieder Sinn, man verlangt Bestimmtheit und

Substanz von dem, was man in den Kopf nehmen soll. Noch Wochen hinterher kann einen Ungebuld befallen, wenn man anhören muß, wie sich Bekannte am selben Tisch über irgendwelches Unerhebliches und Zweifelhafte lang und breit streiten. Und es kommt einem so kennzeichnend für diese ganze Wortkultur vor, daß, während die Truppen draußen auf der Aussenjagd sind, daheim der gute Bürger auf die Fremdwortjagd geht. Man findet es komisch, daß sich die Leute streiten über ihre Gefühle, die sie nicht etwa haben, sondern haben sollen, oder darüber, ob sie ihre Empfindungen gegen England „dah“ nennen dürfen. Der Heimkehrende ist auf dieses Format nicht eingestellt. Er hat die Arbeit mit dem Feinde gehabt und macht sich deshalb keine Gedanken über seine Gefühle gegen ihn (die übrigens gewöhnlich nicht gehässig sind). Und er hofft auch wohl: wenn alle erst wieder zu Hause sein werden, die jetzt draußen sind, dann wird doch einmal die Ueberschätzung des Wortes — an Stelle des Handelns — und womöglich das weibische Geschwätz selber etwas abnehmen. . . .

In dieser Atmosphäre geistert auch der Kriegsklatsch nicht, schon weil man zu wenig Anhalt dafür bekommt; aber in den rickwärtigen Verbindungen, Stappen, Lazaretten usw. fängt diese Seuche wieder an. Und gar daheim erzeugt das wuchernde Gerede eine Kritiklosigkeit, die selbst ältere Leute zur Beute jedes kindischen Gerüchtes macht, so daß die militärischen Behörden im Lande davor warnen müssen. Wögen gelegentlich auch Zurückgekehrte, von anderen unter Alkohol gefest, mehr reden, als sie beantworten können, und — in dieser Verfassung — sogar prahlen, im normalen Zustand liegt das den meisten weitestweit ab (einzelne Individuen natürlich ausgenommen, die nicht erst im Kriege großsprecherisch geworden sind). Die Mehrzahl wird draußen stiller, mancher, weil er zum ersten Male so tiefe Blicke in das Leben tat, und vielen sieht man noch zu Hause an, daß sie mit der Verarbeitung großer Erlebnisse innerlich beschäftigt sind. . . .

Aus den Bemerkungen über „Todesgedanken“ greifen wir folgendes heraus:

„Ein Nichtkämpfer, ein englischer Kriegsberichterstatter, der das schwere Geschützfeuer als entsetzlich schillernde, schrieb: „Lange nachher zitterte ich noch unter dem Einfluß der Lautwellen. . . . Ich litt furchtbar unter diesem Lärm. Körper und Seele wanden sich in Qualen.“ — um wieviel mehr, so meinte dazu Professor Kesser-Gießen in seinem Aufsatz in den Preussischen Jahrbüchern, mühte erst die Truppe darunter leiden, die solchen Feuer stundenlang ausgegesetzt sei. Das trifft nur zu, wenn sie lange untätig im Feuer ausharren muß, und eine solche Lage gehört in der Tat zu den schwersten Momenten des Krieges. Ist man zum passiven Verhalten verurteilt, dann drängt sich das Leiden, das allein im Bewußtsein herrscht, scharf auf; und der Drang, irgend etwas zu tun, ist in solchen Lagen oft so stark, daß man gern den Platz wechselte, selbst wenn man dadurch sicher in noch größere Gefahr käme. Jeder kennt etwas Ähnliches von Zahnschmerzen her, die zeitweilig so unerträglich werden können, daß man lieber gemaltsam auf den leidenden Zahn beißt; das tut zwar noch mehr weh, aber es ist eine Erleichterung gegen den dauernd ziehenden Schmerz, und Schmerzen, die man freiwillig auf sich nimmt, werden leichter ertragen. Ähnlich ist es also mit einer stundenlangen Nervenanspannung im Gefecht: so lange man da auch nur hoffen kann, aus der Geschützgarbe herauszukommen oder mitzuhelfen, um das feindliche Feuer zum Schweigen zu bringen, ist die

Sache weniger schlimm, denn schon der Wille zur Tätigkeit und die Aussicht darauf ergeben eine aktive Anspannung, der das Leiden nicht zuviel anhaben kann.

Auch deshalb ist schließlich das Gefühl einer Armees, im ganzen erfolgreich zu sein, vorwärts zu kommen, sehr wesentlich für ihre Haltung, wie das schon vorhin hervorgehoben wurde. Die Fortschritte sind nicht nur die Folge der Tapferkeit, sondern auch zum Teil ihre Ursache. Man kann, wenn man die Dinge menschlich sieht, von einer geschlagenen Armees nicht mehr die gleiche Tapferkeit erwarten und verlangen wie von einer siegreichen. (Man muß deshalb die monatlichen Anstrengungen der Franzosen moralisch hoch bewerten.) Welche Ueberspannung, den einzelnen trotz seines persönlichen Mutes leicht wegschwemmende Gefahr nun vollends eine Panik sein muß, davon kann man gelegentlich eine Vorstellung bekommen, wenn etwa in dunkler Nacht bei unsichtbarem Weiter plötzlich irgendwo der Ruf auffommt, der Feind mache einen Sturmangriff und sei schon ganz nahe. (Das Unangenehmste daran ist freilich die Ungewißheit). Solchen Paniken wird ein Heer wie zum Beispiel das russische, das überhaupt seltener angegriffen als sich verteidigt, unvergleichlich mehr ausgesetzt sein als wir, deshalb aber kann der einzelne russische Soldat doch noch ein braver Krieger sein. (Die Aufschrift auf den Grabkreuzen der gefallenen Russen, die unsere Kameraden bestellen, lautet meist: „Hier ruht ein russischer Krieger“, sie bezeugt also Achtung vor dem einzelnen Feinde.) Die Russen, die aus der Verteidigung einer festen Stellung durchaus nicht leicht weglaufen, laufen am leichtesten, wenn ihnen ein feindlicher Bajonettangriff droht; vielleicht nicht, weil sie die blanke Waffe mehr fürchten als Augen, sondern weil das Erwarten des feindlichen Angriffs über ihre Nerven geht. Auch wir geben zu, daß wir lieber angreifen, als im Staben einen feindlichen Sturmangriff, falls er nahe herankommt, aushalten. Selbsttätigkeit und Freiwilligkeit erleichtern eben immer.

„Kommt, wir wollen sterben gehen in das Feld usw.“ singt Gerhard Hauptmann in einer erschreckend leeren Kriegspoesie, angeblich aus der Seele des Kriegers heraus — man kann kaum größeren Unsinns hören. Keiner geht hinaus, „um“ zu sterben. Wenn man den Tod magt, will man deshalb noch lange nicht sterben. Und wenn man, wie es für den anständigen Menschen selbstverständlich ist, lieber sterben als jämmerlich sein will, stirbt man noch nicht gern. Also sollen wir anderen das furchtbare Opfer solches Todes nicht durch große Worte verheimlichen! Man soll nicht mit einigen Worten von der Etre des Heldentodes unheimbare Risse zu schließen glauben. Je größer die Worte, desto leichter werden die Toten selber vergessen; deshalb hütet sich mancher gerade hier vor solchen Worten und schweigt. „Dramm ehret und opfert, denn unser sind viele“, singt der Chor von E. F. Meyer.

Das Sterben ist immer ein Unglücksfall. Wer draußen das selbe leistet und erreicht, ohne fallen zu müssen, hat nicht bloß mehr Glück als der Gefallene, sondern auch dieselbe moralische Würde wie er. Denn riskieren müssen sie alle das Sterben, und darauf kommt es moralisch an. Wer dann tödlich getroffen wird, der ist zu beklagen, aber er bedeutet moralisch nicht mehr wie der Ueberlebende. Jeder, der da draußen „drin“ war, hat seine Treue für die hohen Gefalle, um derentwillen er hinausging, ebenso befestigt wie der Gefallene; Bess, sie mit dem Tode zu befesteln, waren beide gleichermäßen. Der Gefallene hat also nicht einmal einen Vorrang. . . .

*) Siehe Nr. 203 des „Vorwärts“.

glanz einer schönen Beförderung. Denn nicht für Lohn dient er, nicht für äußere Ehre, sondern für jene Ehre, die ihn eben so hoch niedriger Rücksichten überhebt! —

Unterstützung Deutscher in Russland.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Einer Pressemitteilung aus St. Petersburg zufolge soll die Deutsche Regierung der dortigen Amerikanischen Volkshaus mitgeteilt haben, daß sie den für die Zwecke der Unterstützung deutscher Reichsangehöriger in Russland bewilligten Kredit von nun an einschränken müsse.

Diese Meldung entbehrt jeder Grundlage; vielmehr ist die Amerikanische Volkshaus in St. Petersburg nach wie vor mit der Befreiung versehen, die zu hinreichender Unterstützung mittelbarer Deutscher in Russland erforderlichen Geldmittel jeweils ohne Rücksicht auf den Betrag bei der Deutschen Regierung anzufordern.

Die Tagung des französischen Parteirates.

Die „Berliner Tagwacht“ schreibt: Die „Berliner Tagwacht“ hat dank der Postzensur von ihrem Pariser Korrespondenten noch keinen Bericht über die Sitzung des Rates der französischen Sozialdemokratie bekommen. Angesichts dessen veröffentlichen wir den Bericht, der dem russischen, in Paris erscheinenden Parteiblatt „Kasche Slowo“, zugegangen ist. Es ist der einzige bisher erschienene Bericht, denn die französische Parteipresse hält in echt demokratischer Weise den Gang der Beratungen geheim. Der Bericht lautet:

„Unter dem Präsidententum der Minister Vandervelde. Neben ihm Pranting, der sich auf einer Durchreise in Paris befindet. Unter den Delegierten beide Minister: Guesde, Sembat und der Unterstaatssekretär Albert Thomas, A. Varenne und andere sehr offizielle Persönlichkeiten. Um Guesde, Bailant, Varenne, Hervé gruppieren sich die extrem nationalistischen Elemente, denen selbst die bisherige Beweise des Bruchs mit der internationalen Idee nicht genügen. Alle Guesdisten mit Marcel Cachin und Lucien Roland an der Spitze, führen sich herausfordernd: sie lassen die Vertreter der Opposition nicht sprechen, unterbrechen sie mit bösen Zwischenrufen, Anwürfen und Beschuldigungen. Die „Humanität“ sprach dann vom „brüderlichen Ton“, der in der Debatte herrschte.“

Nach den offiziellen Berichten begann die Debatte über die politische Situation und die Parteitätigkeit. Im Namen der Opposition sprach der Abgeordnete Pressemane, Paul Fort, der Redakteur des „Populaire du Centre“ in Limoges, Mirzjal, der Abgeordnete von Hère und andere. Die Reden Pressemanes und Forts, in denen der Standpunkt der Haute-Vienne dargelegt wurde, machten einen großen Eindruck. Sie wurden oft mit handfesten Unterbrechungen. Als Verteidiger der offiziellen Position traten auf unter anderen Dubreuilh, Groussie, Hervé, Sembat. Groussie appellierte an den Glauben in die Gerechtigkeit der Sache der Alliierten und ihren Sieg. Hervé erzählte von dem nahen Eintritt Bulgariens und Rumaniens in den Krieg, vom nahen Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, der Befreiung von Estland, Polens, Finnlands. Als letzter sprach Sembat, der Hauptredner der Mehrheit. Seine lange Rede stärkte wieder die unter dem Einfluß der oppositionellen Reden geschwächten Reihen. Er führte hauptsächlich aus, die Wiederherstellung der Internationalen und die Friedensaktion seien unmöglich, da Deutschland, das schon vor der militärischen Katastrophe stehe, es für Beweise der Schwäche Frankreichs, der Spaltung der französischen Nation halten und seinen Widerstand erhöhen würde.

Nach den Debatten wurde eine Kommission zur Ausarbeitung der Resolution gewählt. Der Kommission gehörten auch Fort, Pressemane und Morain, ein der Opposition angehörender Stadtverordneter von Paris, an. In der Abendigung erklärte Pressemane im Namen der Minderheit, der Vorentwurf der Resolution mache ihr nicht die geringsten Zugeständnisse; sie sei der Mehrheit so weit entgegengekommen, daß sie für ihre Resolution stimmen wollte, falls der Wunsch ausgesprochen würde, daß der nächste Parteitag sich mit der Frage der Wiederherstellung der Internationalen befassen solle. Da auch das der Mehrheit abgelehnt wurde, werde sie sich bei der Abstimmung enthalten. Auf einen Antrag Renaudels wird die Sitzung vertagt und der Kommission empfohlen, noch einmal zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen.

Am nächsten Tag legte die Kommission einen einstimmig angenommenen Vorentwurf vor, der nicht nur kein Zugeständnis an die Minderheit brachte, sondern in seinem Chauvinismus weiterging als die Londoner Resolution. Pressemane und Forts unterzeichneten die Resolution, die kategorisch den Standpunkt von Haute-Vienne beurteilt. Die das zustandekam, wissen wir nicht. Man erzählt, daß die Vertreter der Opposition nachgegeben haben, als man ihnen zusagte, daß zur Wiederherstellung der Internationalen jemand irgendwo sehr wichtige Schritte tun wird.

Die „Humanität“ berichtet, diese Resolution sei daraufhin einstimmig angenommen worden. In Wirklichkeit stimmte dagegen die Genossin Dasse, die Delegierte aus Bordeaux, die tapfer auf ihrem Posten blieb, trotz der beschämenden Flucht der Opposition.

Aus der Partei.

Zur Berner Frauenkonferenz.

Der Parteivorstand schreibt und: In der „Berliner Tagwacht“ vom 20. Juli sind über die Vorbereitung der Berner Internationalen Frauenkonferenz Mitteilungen aus einem Briefe der Genossin Zieh enthalten, durch deren Wiedergabe der Anschein erweckt werden könnte, als ob es sich um Mitteilungen handelte, die der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie an die Redaktion der „Berliner Tagwacht“, die „an der Vorbereitung der Berner Konferenz beteiligt war“, gemacht hätte.

Der Parteivorstand hat die Besichtigung der Berner Konferenz in einem Briefe an die Genossin Zeitlin, der vom 20. März datiert ist, mit folgenden Gründen abgelehnt:

„Der Parteivorstand bleibt bei seiner Auffassung, daß Verhandlungen über die Fragen der internationalen Politik in einer Zeit wie der jetzigen von den Parteivorständen der sozialistischen Parteien zu führen sind.“

Diese Auffassung wurde von dem Parteiausschuß später ausdrücklich gebilligt. Die in der „Berliner Tagwacht“ mitgeteilte Stelle stammt aus einem Briefe, den die Genossin Zieh am 23. März an die Genossin Zeitlin geschrieben hat. Weder der Parteivorstand noch die Genossin Zieh persönlich haben der Redaktion der „Berliner Tagwacht“ aus diesem Briefe Mitteilungen gemacht.

Dazu schreibt und Genossin Zieh:

„Daß die beanstandeten Einwände gegen den Entwurf der Friedensresolution nicht dem Parteivorstand, sondern mir persönlich zur Last fallen, ist bereits in der Vorstandserklärung gesagt. Aber die „Berliner Tagwacht“ irrt, wenn sie meint, ich schäme mich, sie bekanntzugeben. Ich halte sie auch heute noch voll aufrecht. Eine Friedensresolution, auf deren Wortlaut sich die Genossinnen aller kriegführenden Länder einigen sollen, darf keine Reklamationen gegen die eine oder die andere Partei enthalten. Wenn sie einigend wirken soll. Die Auseinandersetzungen über die inneren Parteifragen in den einzelnen Ländern gehören vor das Forum der eigenen Partei dieser Länder.“

Die Friedensresolution darf auch keine Reklamationen gegen die betreffenden Regierungen und ihre Kriegführung enthalten, wenn man will, daß sie veröffentlicht werden und damit erst wirksam werden soll.

Bis heute konnte die Friedensresolution der Berner Frauenkonferenz in Deutschland und Oesterreich noch nicht veröffentlicht werden, weil meine Einwendungen, die von den österreichischen Genossinnen unterstrichen, ergänzt und begründet wurden, keine Beachtung gefunden haben.

Daß ich aus Zweckmäßigkeitsgründen meine Einwendungen erhob und mich natürlich nicht grundsätzlich gegen alle allgemein anerkannte sozialistische Postulate wendete, habe ich ausdrücklich in den Sätzen über Belgien betont, obgleich das unter Genossen eigentlich überflüssig sein sollte.

Die französische Partei im Kriege.

Lugano, 21. Juli. (Eig. Ber.) Aus einem Interview, das der Pariser Korrespondent des „Avanti“ mit dem Sekretär der französischen Bruderpartei, Louis Dubreuilh, gehabt, entnehmen wir, daß die Partei, die 1913 75 812 und 1914 90 000 zählende Mitglieder hatte, in diesem Jahre 24 000 Mitglieder zählt. Zieht man aber alle Verhältnisse in Betracht, das heißt den Umstand, daß etwa 65 Proz. der Parteimitglieder eingezogen sind und daß elf Departements besetzt sind, von denen das Departement du Nord allein 10 000 Mitglieder zählt, wenn man ferner berücksichtigt, daß die Partei jetzt mit der Aufnahme der Mitglieder äußerst vorsichtig und zurückhaltend ist — so ist man berechtigt, festzustellen, daß der Rückgang in der Zahl der Parteimitglieder verhältnismäßig unbedeutend ist.

Auf die Anfrage, wie nach der Beendigung des Krieges sich das Verhältnis unter den verschiedenen Parteien gestalten würde, gab der Parteisekretär eine äußerst optimistische Antwort. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die zukünftigen Parteikämpfe sich viel milder gestalten werden, auch ist Genosse Dubreuilh überzeugt, daß die Reaktion in Frankreich nach Kriegesende ihre Hauptkraft nicht erheben wird.

Aus der italienischen Partei.

Lugano, 22. Juli. (Eig. Ber.) In einem Rundschreiben, das der Ausschuß der italienischen Parteivorstandes (soeben an alle Parteiblätter, Organisationen, Gemeinderäte, Abgeordnete versendet) wird hervorgehoben, daß die allgemeine Parteitätigkeit zufriedenstellend ist. Die Beschlüsse der letzten Parteivorstandssitzung sind unter allgemeiner Zustimmung von den Organisationen und Parteivertretern aufgenommen und befolgt worden. Der Ausschuß erinnert die Genossen daran, wie wichtig es ist, gerade in gegenwärtigen Augenblick dem Prinzip treu zu bleiben. Die Partei und die Klasse sind alles, die einzelnen Genossen sind nur das Mittel, dessen sich Partei und Klasse in ihrem Kampfe bedienen. Das soll speziell gegenüber den Vertretern der Arbeiterklasse in den Gemeinderäten und in den verschiedenen Komitees der sozialen Fürsorge für die Opfer des Krieges betont werden. Die sozialistischen Bürgermeister und Gemeinderäte, hebt dasselbe Rundschreiben hervor, sollen nicht als Vertreter der Wähler, sondern als Abgeordnete der Partei betrachtet werden.

Um die Tätigkeit der Gemeinderäte — bekanntlich hält die sozialistische Partei Italiens 800 Gemeinden inne — zu disziplinieren, fordert der Ausschuß sie auf, Berichte an den Parteivorstand zu senden und in engerer Fühlung mit ihm zu bleiben. Der Parteiausschuß fordert die Genossen auf, eine rege Propaganda unter den Arbeitern zu entfalten, um sie dem Sozialismus näher zu bringen und der Gedächtnisfeier von Jaurès einen nationalen Charakter geben zu wollen, das heißt in allen Ortschaften dem großen Vorkämpfer des Sozialismus und des Internationalismus Gedächtnisreden zu widmen.

Was den äußeren Verlauf des Parteilebens betrifft, belegt der Parteiausschuß durch Zahlenangaben das bereits Bekannte: der Krieg hat die Partei nicht zerrüttet und auch numerisch bis jetzt nicht bedeutend geschwächt. Haben doch bereits 1400 Lokalorganisationen ihren Beitrag an die Zentrale bezahlt, und zwar beträgt die Gesamtzahl der Mitgliedsarten, die bis dato gelöst worden sind, etwa 39 000; von den beim Kriegsausbruch eingegangenen Parteizeitungen haben vier bereits ihr Erscheinen wieder aufgenommen.

Das Rundschreiben hebt hervor, daß die Jugendorganisationen durch ihr mutvolles Benehmen, durch ihre Tätigkeit der Partei ganz besonderen Stolz und Genugtuung verschaffen; gerade das Organ der Jugendlichen, die in Rom wöchentlich erscheinende „Avanguardia“ wird von der Zensur am meisten verfolgt. Sehr oft erscheinen ganze Seiten in tabelloser weißer Farbe, die Zensur unterdrückt vom ersten bis zum letzten Worte des Textes. Dessenungeachtet bemühen sich die italienischen Jugendgenossen, die Verbreitung des Sozialismus durch ihr Werk zu fördern, das um so mehr Sympathie und Solidarität unter der jungen Generation des italienischen Proletariats hervorruft, je deutlicher es die Spuren der Zensur trägt, in je größerem Widerspruch die von der „Avanguardia“ verkündeten Anschauungen sich mit dem todbenden Rationalismus der anderen Preßorgane befinden.

Berichtszeitung.

Die Justiz im ersten Kriegsjahre.

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird eine Uebersicht über die Geschäfte der preussischen Gerichte im Jahre 1914 gegeben. Danach zeigte sich durchweg ein Rückgang der Geschäfte. Bei den Amtsgerichten fiel die Zahl der Anträge auf Erlaß von Strafbefehlen außer Fortschaffen von 208 481 im Jahre 1913 auf 170 874 im letzteren Jahre. Die Privatklagesachen verminderten sich von 116 980 auf 95 518, die Anklagesachen wegen Vergehen von 842 889 auf 268 879, wegen Uebertretungen von 178 460 auf 149 081 usw. Bei den Landgerichten waren statt 779 576 nur 664 802 Anklagesachen anhängig. Hauptverfahren gab es vor den Schwurgerichten statt 8185 nur 2625, vor den Strafkammern in erster Instanz statt 87 696 nur 50 354, in der Berufungsinstanz statt 78 102 nur 64 761. Bei den Oberlandesgerichten fiel die Zahl der Revisionen gegen Urteile in der Berufungsinstanz von 6848 auf 5518. Ebenso ging die Zahl der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zurück. Bei den Amtsgerichten wurden statt 2 282 558 nur 2 021 016 Rechtsfälle gezählt, gewöhnliche Prozesse statt 1 811 818 nur 1 526 016, Arreste und einstweilige Verfügungen statt 57 848 nur 47 271. Selbst Zwangsversteigerungen von Grundstücken waren statt 84 583 nur 24 943 anhängig. Auch die Zahl der Konkursverfahren fiel von 5442 auf 4374. Die freiwillige Gerichtsbarkeit wurde ungefähr im selben Verhältnis weniger in Anspruch genommen. Die Zivilkammern der Landgerichte hatten statt 114 808 nur 98 541 gewöhnliche Prozesse, Prozesse in Ebelachen statt 18 826 nur 16 129. Die Strafsachen vor den Kammern für Handelsfachen gingen nur wenig zurück, so bei den gewöhnlichen Prozessen von 24 065 auf 23 033, der Konkursprozesse von 23 460 auf 21 870. In der Berufungsinstanz fielen die bürgerlichen Streitigkeiten von 78 492 auf 68 740.

Gewerkschaftliches.

Ein neues Volkshaus!

Aus Dresden wird uns geschrieben: Während ringsum die Kanonen dröhnen, weiheten die organisierten Arbeiter der sächsischen Hauptstadt ihr neues Volkshaus ein.

Nur vor wenigen Wochen am Schützenplatz die Gerüste des Neubaus fielen und sich das neue Haus an der Seite des alten in seiner prächtigen Größe dem Beschauer zeigte, wirkte das wie ein Symbol. Aus Schutt und Asche der niedergelegten Häuser war hinter den Holzbalken ein neues entstanden, das 5 Stock hoch nach oben strebte und das Aufsteigen der Arbeiterschaft geradezu figürlich dokumentierte. In einfachen, schmucklosen und gerade darum vornehm wirkenden Linien leuchteten in Gelb und Blau die 60 Fenster der harmonischen Vorderseite, die soziologisch goethisch das „Mehr Licht!“ verwirklicht und den hohen, hellen Räumen einen sonnigeren Anstrich geben.

Eigentlich ist der sogenannte Neubau ja „nur“ ein Ausbau oder, da durchbrochene Wände jetzt beide Volkshäuser in eins vereint haben, ein Erweiterungsbau. Allein viele Orte würden sich glücklich schätzen, wenn sie nur diesen „Anbau“ ihr eigen nennen könnten! Er gereicht nicht nur dem Mut, der Energie und der Ausdauer und Opferwilligkeit der Dresdener Arbeiter zur Ehre, sondern auch dem ehemals so öden und schmucklosen Schützenplatz zur schönsten Zierde.

Im neuen Gebäude prangt auch der Saal; zur Entlastung hat man ihm im neuen Heim einen kleinen Saal zur Seite gegeben. Mögen dort immer nur Eintracht, Brüderlichkeit und Solidarität herrschen!

Im neuen Volkshause haben ihr Heim aufgeschlagen die Gemeindegewerkschaften, Gärtner, Brauer und Müller, Sattler, Schneider, Tabakarbeiter, die Handlungsgehilfen, die Fabrikarbeiter und vor allem die Metallarbeiter, denen das Gewand längst zu eng geworden war und die nach Ausdehnung verlangten. Entsprechend ihrer mächtigen Organisation nehmen die Metallarbeiter — auch darin zeigt sich deutlich der riesige Aufschwung der Gewerkschaften — eine ganze Flucht von Räumen in zwei Stockwerken ein. In denkbar praktischer Weise hat man entsprechend der rationalen Arbeitsteilung die Räume eingeteilt, die Expeditionsräume für sich, die Kassen getrennt, die Beiratszimmer, und die An- und Abmeldezimmer getrennt, die Verwaltungszimmer, Konferenzzimmer und alles das, was eine gutgeleitete Organisation zur praktischen Führung ihrer Geschäfte braucht.

Natürlich hat man, indes man das neue Haus baute, das alte nicht vergessen, im Gegenteil: Da man es äußerlich wegen seiner übermäßig verzerrten Fassade dem Neubau nicht anpassen konnte, hat man im Innern eine Uebersetzung der Farben herbeizuführen gesucht. Und so präsentiert sich denn seit wenigen Tagen die bisherige Restauration an der Ribbenbergstraße im völlig neuen Gewande, mit heimeligen Räumen, mit Sophaedern und hellen Wänden und Wänden. Und über dem Ganzen ruht ein Hauch von Selbstsicherheit, von Siegesbewußtsein und selbstsicherer Kraft, daß sich's unmerklich auch auf den Besucher überträgt. Ein Symbol auch dies: Indes ein Weltkrieg niederreißt, wird hier aufgebaut, für die Zukunft gesorgt, praktische Friedensarbeit geleistet.

Berlin und Umgegend.

Die Angestellten des Schuhmacherverbandes und der Streit in der sozialdemokratischen Partei.

Am Montag und Dienstag voriger Woche tagte in Frankfurt am Main eine Konferenz der Angestellten des Schuhmacherverbandes, um zu verschiedenen den Verband berührenden Fragen Stellung zu nehmen.

Unter anderem wurde auch die Frage, wie am besten der gegenwärtige Streit in der sozialdemokratischen Partei von den Gewerkschaften ferngehalten werden kann, erörtert.

Einstimmigkeit herrschte bei allen Teilnehmern darüber, daß es für die Gewerkschaften eine große Schädigung sein würde, wenn dieser Streit in die Gewerkschaftsinstitutionen hineingetragen würde. Jedem Versuch, gleichviel von welcher Seite ein solcher unternommen würde, soll in entschiedener Weise entgegengetreten werden.

Das Resultat dieser Beratung wurde in nachstehender Entschließung niedergelegt:

„Die am 19. Juli in Frankfurt a. M. tagende Konferenz der Angestellten des Zentralverbandes der Schuhmacher (Vorstands-, Bezirks- und Ortsbeamten) hat nach einer ausgiebigen Aussprache insoweit Stellung zu dem in der sozialdemokratischen Partei ausgebrochenen Konflikt genommen, als sie denselben aufs tiefste beklagt.“

Ohne sich irgendwie in den Konflikt einzumischen, spricht die Konferenz die Erwartung aus, daß bei allen an den Differenzen Beteiligten die Einsicht die Oberhand gewinnt, daß es ein Unglück für die Arbeiterklasse sein würde, wenn eine Spaltung oder Zersplitterung der Partei die Folge dieses Konfliktes wäre.

Die Meinungsfreiheit ist ein Palladium der Partei und gewährt jedem Mitglied die Möglichkeit, seine Anschauungen innerhalb des Rahmens der Partei zum Ausdruck zu bringen. Dieses höchste und heilige Recht soll keinem Mitglied, solange es auf dem Boden des Programms steht, beschränkt werden.

Als Gewerkschafter haben wir ein großes Interesse, daß die Einheit der stärksten Vertretung in den Parlamenten nicht gefährdet wird.

Vor allem haben wir als Gewerkschafter die Gefahr abzuwehren, daß der Parteistreit auf die Gewerkschaften übergreift. Es wird deshalb allen unseren Angestellten und Bevollmächtigten der Zahlstellen zur Pflicht gemacht, jeden Versuch zurückzuweisen, der unseren Verband in diesen Streit verwickeln könnte.

Unser Verband hat die Aufgabe, die traurige Lage unserer Mitglieder, wie sie sich durch die Kriegsteuerung entwickelt hat, zu mildern und zu bessern. Da die Reichs- und Landesgesetzgebung und die Maßnahmen des Bundesrates eine solche enorme Verteuerung aller Nahrungsmittel und unentbehrlichen Gebrauchsgüter nicht verhindern haben, die eine Unterernährung der ärmeren Volksklassen in sicherem Gefolge hat, erwartet die Konferenz von den Vertretern der Arbeiter im Reich und in den Landtagen, daß sie das Geld und die Entbehrungen der Armen scharf beleuchten und dem Verlangen nach Abhilfe Ausdruck geben. Die Regierungen haben sicher die Mittel in Händen, dieser maßlosen Teuerung zu steuern. Es ist nicht nötig, daß gewisse Produzententriebe und Spekulationen aus der Not des Volkes während des Krieges sich horrend Gewinne verschaffen. In einer Zeit, in welcher das Volk ungeheure Opfer für die Gesamtheit bringt, ist ein solches Gebahren geradezu verwerflich.“

Können Hausfrauenvereine den Arbeiterfrauen nützlich sein?

Von Luise Zieg.

Aus einer Reihe von Orten wurde in letzter Zeit bei mir angefragt, ob ich den Eintritt der Arbeiterfrauen in die Hausfrauenvereine, die jetzt vielerorts von bürgerlichen Frauen gegründet werden, empfehle.

Ich will gleich von vornherein mit einem sehr nachdrücklichen Nein antworten und zur Begründung meines Standpunktes untersuchen, was die Hausfrauenvereine leisten können und nach Meinung der Gründerinnen auch leisten sollen und was demgegenüber die Aufgaben der Arbeiterfrauen sind.

Als zu Beginn des Krieges ein Rennen in die Lebensmittelgeschäfte, ein planloses Einkufen begann, und die Geschäftsleute sofort die gesteigerte Nachfrage nach Lebensmitteln zu starken Preiserhöhungen benutzten, tauchte zuerst der Gedanke auf, Hausfrauenvereine zu gründen.

Durch diese, so meinte man, könnten die Frauen von ihrem törichtem Tun abgehalten werden, wenn ihnen Belehrung über den Bestand der einzelnen Nahrungsmittel zuteil werde, und ihnen beibringe gemacht, wie sehr sie sich durch ihre Angstreizerei und ihr „Hamstern“ selbst schaden. Als dann der Brotverbrauch durch die Einführung der Brotkarten festgelegt und geregelt, verschiedene Lebensmittel sehr knapp, teuer und immer teurer wurden und seit gar mit fast allen Lebensmitteln in unerhörtester Weise Mangel getrieben wird, ist an manchen Orten der Gedanke, Hausfrauenvereine zu gründen, zur Tat geworden. Jetzt soll es nicht mehr bei der Belehrung bleiben, sondern jetzt erwartet man von diesen Vereinen auch ein Eingreifen in die Versorgung mit Lebensmitteln, ein Mitarbeiten bei der Regelung der Volksernährung, Aufstellung von Kochrezepten, Anleitung zur ihrer Anwendung und weiteres mehr.

So sagt z. B. Dr. Gertrud Bäumer in ihrer Heimatschronik, in der sie Mitteilung macht von der Gründung eines „Deutschen Verbandes der Hausfrauenvereine“: Hätten wir vorher eine starke Hausfrauenorganisation gehabt, so wäre sehr vieles in der Mitarbeit bei der Volksernährung bedeutend leichter gewesen.

Ja, sind denn das nicht alles lobenswerte Aufgaben, die die Hausfrauenvereine sich stellen? wird man fragen. Sicherlich sind die Aufgaben lobenswert und ist die Absicht, sie zu erfüllen gut. Jedoch eine andere Frage ist es, ob die lobenswerten Absichten auch zu guten Resultaten führen, wenn man die Erfüllung der in Aussicht genommenen Aufgaben Hausfrauenvereinen zuweist. Jedenfalls bedeutet es für die Arbeiterfrauen keinen Fortschritt und bringt ihr keinen Vorteil, sondern Nachteil, wenn die Arbeiterfrauen sich daran beteiligen.

Für die Erfüllung der gekennzeichneten Aufgaben hat die Arbeiterkraft sich lange vor dem Kriege Einrichtungen geschaffen, und es würde ein sehr böses Kräftezerpflittern und damit eine Beeinträchtigung der eigenen Aktionen bedeuten, wenn die Arbeiterfrauen, statt sich den eigenen Organisationen anzuschließen und bestmöglichst in ihnen zu arbeiten, bürgerliche Einrichtungen gründen helfen und diese durch ihre Mitgliedschaft und ihre Mitarbeit unterstützen.

Zur Belehrung über die Ursachen der Lebensmittelverknappung und zur Beratung über die Maßnahmen, wie dieser durch die Einwirkung auf Reichs- und Landesregierungen und auf die Verwaltung der Kommunen entgegenzuwirken ist, haben wir unsere Parteiorganisation und innerhalb dieser für die weiblichen Mitglieder der Partei noch besonders unsere Les- oder Diskussionsabende und die Bildungsabende für Frauen. Während des Krieges ist immer und immer wieder öffentlich und durch Zirkulare angeregt worden, gerade die fortgesetzt brennender werdende Frage der Volksernährung, des Lebensmittelwunders und der Mittel zu ihrer Abwehr zum Gegenstand der Erörterung in Parteileben zu machen. Unsere Parteizeitungen haben fortgesetzt diese Frage behandelt und neben den scharfen Protesten gegen die ungenügenden Maßnahmen der Regierung die Maßnahmen der Lebensmittelwunder beleuchtet und gebremst. Sofort haben unsere Zeitungen Lärm geschlagen und gewarnt, wenn plötzlich falsche Gerüchte aufstauten: diese oder jene Ware werde wegen Mangel an Vorrat im Preise steigen, und wenn zu befürchten war, daß ein Run auf die Kaufläden eintreffe, wodurch die unerhörten Preiserhöhungen nur stark begünstigt werden würden.

So noch kürzlich, als die so überaus unberechtigten Preiserhöhungen beim Zucker eintraten, und während er von den Zuckerfabriken und den Großhändlern zurückgehalten wurde, plötzlich überall die Gerüchte aufstauten, der Zucker sei knapp, er werde noch sehr teurer werden, daher sei es gut, wenn jetzt noch jeder sich möglichst tüchtig verorge; sofort haben die Parteizeitungen der Denunziierung entgegengetreten, indem sie den Schwund aufdeckten, die Absicht, die sich hinter dem Gerücht verbarg, denunzierten und aufzeigten, welche reichlichen Zuckerbestände wir haben und welche fabrikartige Profite die Zuckerfabriken und Händler einstreichen. Ueberall in unseren Parteiverfammlungen ist gleichfalls diese Frage erörtert worden, und das ist auch der Ort, wo die Arbeiterfrauen sich nicht nur über die Fragen der Lebensmittelversorgung, sondern über die Zusammenhänge des wirtschaftlichen und politischen Geschehens Belehrung holen können. Also: für die Partei, ihre Organisation und ihre Presse agitieren und nicht für die Hausfrauenvereine!

Ja, aber das Eingreifen in die Versorgung mit Lebensmitteln, wie sieht es damit? kann man einwenden. Es nun ich dächte, daß die gegenwärtige Wirksamkeit unserer Konsumgenossenschaften hinreichend bekannt wäre. Diese haben seither nicht nur ihren Mitgliedern gute, unverfälschte Waren zu möglichst billigen Preisen geliefert, nein, sie haben darüber hinaus preisregulierend und preislenkend im Kolonialwarenhandel überhaupt gewirkt, und sie könnten das in noch weit höherem Maße, wenn alle Arbeiterfrauen Mitglied und Käufer wären.

Es ist geradezu sinnlich, anzunehmen, Hausfrauenvereine könnten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung auch nur annähernd das Gleiche oder gar Besseres leisten, als unsere starken, kapitalkräftigen Konsumgenossenschaften mit ihren Millionenumfängen, mit ihrem geschulten Personal, mit ihrer Kenntnis der besten Bezugsquellen.

In den Konsumgenossenschaften sollten also unsere Arbeiterfrauen mitarbeiten, für sie Mitglieder werden, wenn sie Einrichtungen unterstützen wollen, die zum Besten der Konsumenten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung wirksam sind.

Wird also noch die Anleitung im Kochen, die Unterweisung in der Ausnutzung der einzelnen Lebensmittel, die Aufstellung von Kochrezepten usw.

Man könnte sagen, es ist sehr amüsan — wenn es nicht so überaus traurig wäre — zu beobachten, wie alles sich berufen fühlt, während des Krieges die Arbeiterfrauen, insbesondere die Kriegerfrauen, zu belehren und zu erziehen.

Tiefe Bitternis fühlte sich in die Herzen der Arbeiterfrauen, als Professoren für eine Erhöhung der Lebensmittelhöchstpreise eintraten mit der Begründung: das sei die beste Erziehung zur Sparsamkeit! Als ob die Arbeiterfrauen nicht schon in Friedenszeiten und bei weniger hohen Lebensmittelpreisen aufs äußerste sparsam sein müßten, weil mehr, als das im Interesse der Volksgesundheit und der Entwicklung des Inlandkonsums wünschenswert war, währenddem sie jetzt, bei den niedrigen Einnahmen und den unerhörten Preisen der unentbehrlichsten Nahrungsmittel, auf das Schwerste entbehren und Not leiden müssen.

Grimmigen Gohn wecken die Vorschläge: weniger Fleisch, dafür reichlich frisches Gemüse, Milch, Käse, Obst, Brot, Hülsenfrüchte und Kartoffel zu genießen. Der Herr Professor Oppenheimer, der diese Vorschläge machte, dokumentierte durch sie, daß er keine blasse Ahnung hat vom Haushalt der Arbeiter, trotzdem er sich berufen fühlt, ihnen Ernährungsvorschläge zu machen. Wie stellen alle diese wohlmeinenden Ratgeber sich das Einkommen der Arbeiter vor und wieviel wissen sie von den Preisen, die gegenwärtig Gemüse, Kartoffeln, Obst, Käse, Milch, Hülsenfrüchte usw. haben? Eine Brandmarlung der Lebensmittelwunder, ein drängendes Mahnen an die Regierung, hier fest zuzugreifen und Abhilfe zu schaffen, das wäre besser am Plage, als alle Vorschläge zur Sparsamkeit zusammengeworfen.

Und nur gar alle die neuen Kochrezepte, die uns empfohlen werden! Einige Duzend Kriegskochbücher sind von bürgerlichen Damen und Hygienikern zusammengestellt; meistens Personen, die gewiß den besten Willen mitbringen und die auch sicherlich nützlich durchdrungen sind von der Lieberzeugung, ihr überragendes Wissen befähige sie ausgezeichnet zu der übernommenen Arbeit, die dabei aber selten einen Blick in den Arbeiterhaushalt tat und deshalb von keiner Sachkenntnis befreit ihre Rezepte verfaßten, deren Anwendung einen großen und vollen Geldbeutel voraussetzt.

Ausgezeichnet! Es fehlt nur eine Kleinigkeit: die Anweisung, woher wir das Geld dazu nehmen sollen, was das im Galgenhumor abgegebene Urteil der Arbeiterfragen. Oder: im heißen Zorn warfen sie die schönen Rezepte in die Ecke, die ihnen rieten, aus Sauerkrautbrühe oder Kartoffelwasser Suppe zu kochen, oder aus Heringsträten Lunte zu bereiten.

Einfach empörend, was man uns zumutet! erklärten im bitteren Anmut die vielfach „belehrten“ Arbeiterfrauen, und kochten, was die Zuckerpreise zu kochen noch zuließen.

Wahrlich, diese Erfahrungen sollten hinreichen, die Arbeiterfrauen vor dem Eintritt in die Hausfrauenvereine zu bewahren. Ihr Stolz und ihr Selbstgefühl müßte das schon nicht zulassen, viel weniger aber noch jene Erwägungen, die ich an die Spitze meines Artikels stellte, daß wir keiner Kräftezerpflitterung das Wort reden können, sondern unsere eigenen Einrichtungen stärken müssen.

Gewiß wollen auch wir, daß nicht erst verheiratete Frauen, sondern schon die jungen Mädchen gut unterrichtet werden in der Hauswirtschaft; darum fordern wir dringend und immer dringender die obligatorische Durchführung der Fortbildungskurse für Mädchen. Für die Durchführung dieser Forderung wollen wir kämpfen, aber nicht in Hausfrauenvereinen dilettieren unter der Leitung von Frauen, die keine Ahnung vom Arbeiterhaushalt haben.

Ich kann den Genossinnen also nur dringend raten, den Werbungen für die Hausfrauenvereine gegenüber sich entschieden ablehnend zu verhalten, aber auf das eifrigste für die Partei, für die Presse, die Gewerkschaft und Genossenschaft zu agitieren!

Aus Groß-Berlin. Die Gemeindegewählerliste.

Seit dem 15. Juli liegen in der Stralauer Straße 44/45 die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen aus. Jeder Wähler kann in die Listen Einsicht nehmen, kann sich überzeugen, ob sein Name in der Liste eingetragen ist. Die Einsichtnahme in den verschiedenen Jahren ist verschieden. In den Jahren, in denen Wahlen vorgenommen wurden, war die Zahl der Einsichtnehmenden eine recht beträchtliche. Auch in diesem Herbst finden Ergänzungswahlen statt, aber im Gegensatz zu früher ist der Betrieb im Wahlbureau ein recht geringer. Nur selten öffnet sich die Tür zum Bureau. Die Listen werden in geringem Maße eingesehen. Sicherlich deswegen, weil Tausende von Wählern im Felde stehen. Aber trotzdem könnten die Dabeingeblichen sich etwas mehr darum bekümmern, ob sie in den Listen stehen. Wer nicht in der Liste steht, darf im November nicht wählen. Dem nützt keine Beschwerde und keine Reklamation. Die jetzige Liste ist maßgebend. Sie liegt nur noch bis zum 20. Juli aus, und zwar von 9-3 Uhr.

Aus der städtischen Kunstdeputation.

Dem soeben abgeschlossenen Verwaltungsbericht der städtischen Kunstdeputation für das Rechnungsjahr 1914 entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Im Laufe des Berichtsjahres ist an Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Dr. phil. Leo Krons der Stadtverordnete Bernhard Bruns von der Stadtverordnetenversammlung zum Mitglied der Kunstdeputation gewählt und in die Deputation eingeführt worden.

Die jetzt abgeschlossenen Abrechnungsarbeiten von der im Vorjahre der Öffentlichkeit übergebenen Märchenbrunnenanlage im Friedrichshagen haben gegenüber den hierfür bewilligten Mitteln Rückkosten von rund 10 400 M. ergeben.

Von der in Aussicht genommenen künstlerischen Ausmalung der Aula des königlichen Gymnasiums ist infolge Ablebens des damit betrauten Kunstmalers und Raderers Professor Karl Köpping und in Rücksicht auf die Zeitlage mit Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung gänzlich Abstand genommen worden.

Auch von der geplanten Anbringung von Sobelins im Bibliotheksaal des Rathauses wurde abgesehen.

Die von Professor Wilhelm Haberkamp geschaffene, auf der Großen Berliner Jubiläums-Ausstellung 1913 mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnete „Ringergruppe“ in Bronze wurde für 15 000 M. angekauft. Die Wahl des Aufstellungsortes ist in der Schwebe.

Auf der Großen Berliner Kunstausstellung 1914 wurde dem Maler Martin Brandenburg, Berlin, für sein Gesamtwerk, wie es sich in den Gemälden auf der Ausstellung darstellte, ein städtischer Ehrenpreis von 3000 M. zuerkannt, während die Berliner Maler Professor Otto S. Engel, Leonhard Sandrock, Willi ter Hell und Franz Martin Vinstroth durch den ehrenvollen Ankauf ihrer Gemälde — „Abendlandschaft“, „An der Dampferwand“, „Märtsche Landschaft“, „Im Felde“ — ausgezeichnet wurden.

Auf der Ausstellung der Freien Sezession wurden durch ehrenvollen Ankauf ihrer Gemälde „Erförnung Training“ und „Am Bach“ die Maler Professor Walter Klenm, Weimar, und Professor Adolf Adam Oberländer, München, ausgezeichnet. Zur Erlangung von Entwürfen für eine Plakette, welche die mit Ehrenpreisen der Stadt Berlin bedachten Künstler als äußeres Zeichen dieser Ehrung erhalten sollen, wurde unter den in Deutschland ansässigen Künstlern ein Wettbewerb ausgeschrieben, für den aber der Einlieferungsstermin infolge des Kriegszustandes bis auf weiteres hinausgeschoben werden mußte.

Zur Unterstützung der ins Leben gerufenen „Akademischen Kriegshilfskasse“ wurden bisher 52 verschiedene Kunstwerke — Delgemälde, Raderungen, Holzschnitte und Bronzestatuetten — für zusammen 24 270 M. angekauft.

Auch beschäftigte die Kunstdeputation eine Anzahl von Anträgen auf Erwerb von Kunstwerken, deren Ablehnung erfolgte.

Im Auftrage des Magistrats hat die Kunstdeputation ferner einen Ehrenpreis der Stadt Berlin (3. Preis) für den Stafettenlauf Potsdam-Berlin, einen Wanderpreis für den Norddeutschen Ruderverband und eine Ehrengabe der Stadt zur Feier des 100jährigen Bestehens des Kaiser-Franz-Garde-Grenadierregiments in Silberausführung beschafft.

Zweckverband und Straßenbahntarif.

Unter dem Vorst. des Oberbürgermeisters Wermuth trat gestern vormittag der Verbandsausschuß des Verbandes Groß-Berlin im Berliner Rathaus zusammen. Unter anderen waren auch der Oberpräsident von der Schulenburg, der Oberpräsident Dr. Ruffe und mehrere Oberbürgermeister der Vororte zugegen. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Anträge der Großen Berliner Straßen-

bahngesellschaft wegen der Erhöhung der Fahrpreise. Nach eingehender Beratung wurde diese Erhöhung während der Kriegszeit abgelehnt. Die Ausschußmitglieder waren der einmütigen Ansicht, daß man jetzt eine Verringerung der Groß-Berliner Tarife, ohne erhebliche Schädigungen im Handel, Wandel und Verkehr herbeizuführen, nicht beschließen könne. Es wurde auch die Befürchtung laut, daß diese Tariferhöhung eine allgemeine Verringerung aller Verkehrsmittel zur Folge haben würde. Schon aus diesem Grunde sei der erste Schritt mit großer Vorsicht zu unternehmen.

Was ist eine Behörde?

Nach § 7 Ziffer 7 des Zuwachsteuergesetzes wird die Zuwachsteuer nicht erhoben beim Austausch im Inlande gelegener Grundstücke zum Zwecke der Zusammenlegung (Zurvereinigung), der Grenzregelung oder der besseren Gestaltung von Bauplänen, wenn diese Maßnahmen auf der Anordnung einer Behörde beruhen oder von einer solchen als zweckdienlich anerkannt sind.

Die Frage, ob als Behörde in diesem Sinne jede Behörde anzusehen sei, oder nur eine besondere, mit besonderen Befugnissen ausgestattete Behörde, war in einem Rechtsstreit der Günterschen Erben gegen den Gemeindevorstand von Reinickendorf zu entscheiden. Die Günterschen Erben hatten Grundstücke zur besseren Ausgestaltung von Bauplänen ausgetauscht. Sie waren zur Zuwachsteuer herangezogen worden und zwar mit 810 M. Im Klagewege beantragten sie Freistellung, indem sie sich auf § 7 Ziffer 7 beriefen. Sie machten geltend, die Ortsbehörde habe die Zweckdienlichkeit gemäß § 7 anerkannt.

Der Gemeindevorstand vertrat demgegenüber den Standpunkt, die Behörde im Sinne des § 7 Ziffer 7 könne nur eine besondere Behörde sein; es sei nicht jede Behörde.

Kreis- und Bezirksauschuß erkannten auf Freistellung der Kläger und gingen davon aus, jede Behörde sei gemeint.

Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an den Bezirksauschuß zurück. Gründe:

Die Auffassung der Vorinstanzen sei falsch. Das Oberverwaltungsgericht sei der Meinung, daß eine Behörde im Sinne des § 7 Ziffer 7 nicht jede Behörde sei, sondern nur eine Behörde, die durch Spezialgesetz mit besonderen Befugnissen ausgestattet sei, wie die Zusammenlegungsbehörde, die Auseinanderlegungsbehörde usw. Eine Anordnung oder Anerkennung einer derartigen Behörde gemäß § 7 Ziffer 7 des Gesetzes liege hier aber nicht vor. Die Steuer sei also zu zahlen und der Bezirksauschuß müsse feststellen, welche Höhe der Steuer dem Objekt entspreche.

Die Preistafel für Lebensmittel.

Mit dem gestrigen Tage ist die Verordnung des Oberkommandos über den öffentlichen Ausbau der Preise für Lebensmittel, wie Fleisch, Fettwaren, Butter, frisches Obst, Gemüse und Kartoffeln, in Kraft getreten. Die Ausbauge müssen an sichtbarer Stelle angebracht sein, höhere Preise als die angezeigten dürfen unter keinen Umständen gefordert werden. Dagegen steht nichts im Wege, niedrigere Preise als die angekündigten zu verlangen. Öffentlich führt der Umstand, daß die Preistafeln polizeilich abgestempelt werden müssen, nicht dazu, bei höheren Preisen stehen zu bleiben, obwohl eine Preisherabsetzung angebracht wäre. Das dürfte insbesondere auf Waren zutreffen, deren Preise fast tagtäglich wechseln, wie bei Gemüse und frischem Obst.

Bootsunglück am Humboldthafen.

Die 16 und 15 Jahre alten Söhne Erich und Richard des Plättanhaltsbesizers Siering in der Stephanstr. 57, ein Schlosser- und ein Klempnerlehrling, unternahmen Sonntag nachmittags mit dem ihnen befreundeten 16 Jahre alten Handelslehrling Stehlla eine Bootsfahrt. Um 7 1/2 Uhr abends nahmen sie von einem Verteiler am Humboldthafen ein kleines Boot und fuhren die Spree hinunter. Stehlla sah am Steuer und Richard Siering ruderte. Etwa 200 Meter unterhalb der Mollebrücke, am Kronprinzenufer, gegenüber dem Hauptzollamt wollte sich Richard von seinem Bruder Erich ablösen lassen und stand auf, um ihm den Platz einzuräumen. Hierbei glitt er mit seinen nagelbeschlagenen Schuhen aus, fiel über Bord und kippte das Boot mit ihm. Sein Bruder Erich und Stehlla hielten sich durch Schwimmen über Wasser. Stehlla hielt auch ihn hoch, bis ihm die Kräfte versagten. Die Insassen von fünf Ruderbooten, die in der Nähe waren und die jungen Leute mit dem Tode ringen sahen, beschränkten sich darauf, um Hilfe zu rufen. Sie mochten wohl fürchten, daß auch ihre Fahrzeuge bei Rettungsversuchen umgekippt wären. Vier Boote, deren Insassen nach Aussagen von Schiffen des Ruderns unlandig waren, entfernten sich alsbald. Erst die Schiffer, die durch die gelenden Hilferufe aufmerksam wurden, griffen ein. Dem Steuermann Schäfer von einem Kahn der neuen Norddeutschen Fluhdampfschiffahrt-Gesellschaft gelang es, Stehlla und Erich Siering mit seinem Boot zu retten. Richard Siering war unterdessen untergegangen, noch mehrmals aufgetaucht, dann aber ertrunken. Der Steuermann Notendächer vom Dampfer „Germania“ suchte noch lange nach ihm, fand ihn aber erst um 9 Uhr in unmittelbarer Nähe der Unglücksstelle und brachte ihn mit seinem Bootshaken an die Oberfläche. Jetzt war er aber längst tot. Eine nach Hunderten zählende Menschenmenge beobachtete das Unglück von der Mollebrücke und vom Kronprinzenufer aus, ohne helfen zu können.

Weim Spiel erschossen.

Das leichtsinnige Umgehen mit Schusswaffen hat wiederum einen bedauerlichen Unglücksfall herbeigeführt. Am Mühlentwege in Rawen vergnügte sich der 16 jährige Präparandenküler Stein damit, mit einem Zergerol auf Spaten zu schießen, obwohl ganz in der Nähe mehrere Kinder spielten. Als Stein wieder nach einem Vogel schob, der zwischen die spielenden Knaben und Mädchen gestiegen war, traf die Kugel den 11 jährigen Fritz Meina dicht über dem linken Auge. Der Betroffene brach sofort bewußtlos zusammen. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus geschafft, ist dort aber bald nach seiner Aufnahme an den Folgen der Schußverletzung gestorben. Der auf so tragische Weise ums Leben gekommene Knabe ist das einzige Kind seiner Eltern; der Vater steht seit Monaten im Felde.

Zu dem Raubfall bei Französisch-Buchholz.

Zu dem Raubüberfall, der auf der Landstraße zwischen Französisch-Buchholz und Schönkrunde an dem 60jährigen Handelsmann und Fuhrmann Albert Drebert verübt wurde, erfahren wir, daß in der vergangenen Nacht einer der mutmaßlichen Täter, der 22 Jahre alte „Arbeiter“ Karl Stolz aus Panlow, verhaftet worden ist. Stolz, trotz seiner Jugend schon ein gewerkschaftlicher Verbrecher, der erst kürzlich nach Verbüßung von zwei Jahren Gefängnis aus der Strafanstalt entlassen wurde, trieb sich seitdem in der Gegend

Ueber 1800 Tote bei dem Dampferunglück bei Chicago.

Nach Mittermeldungen aus Chicago sind von den 2572 Personen, die sich auf dem Dampfer „Eastland“ befanden, 762 gerettet worden. 1810 kamen um. Bisher wurden 885 Leichname geborgen, zumeist Frauen und Kinder. Auf Grund der von den Behörden eingeleiteten Untersuchung sind dreißig Verhaftungen vorgenommen worden.

Explosion im Marine-Arsenal auf Malta.

Mailand, 26. Juli. (B. L. B.) „Secolo“ erfährt aus Syracus: Im Marine-Arsenal auf Malta erfolgte eine schreckliche Explosion, bei der ein großes Gebäude zusammenstürzte. Unter den Trümmern wurden ungefähr zwanzig gräßlich verstümmelte Leichen von Arsenalarbeitern gefunden.

Explosion auf einem englischen Handelsschiff.

Reuters Bureau meldet aus New York: Eine Explosion aus unbekannter Ursache fand im Vorräume des britischen Dampfers „Cragside“ statt, der im Hudson im Tod lag. Die Explosion hatte einen Brand zur Folge, der schnell gelöscht wurde. Die „Cragside“ hätte am 25. Juli abends mit einer Zuladung nach England fahren sollen, die Abfahrt ist jetzt um mehrere Tage verzögert. Man glaubt, daß die Ladung im Werte von 140 000 Dollar ganz vernichtet ist.

Eine Familientragödie. In Wittenberg zog vor drei Wochen die Familie des zum Seeresdienst eingezogenen Vaders Schmidt aus Charlottenburg zu, die in der Schloßstraße eine Wohnung mietete. Seit einigen Tagen vermied man die Frau mit ihren Kindern. Als man gestern die Wohnung gewaltsam öffnete, fand man die Ehefrau Schmidt hinter der Tür erhängt vor, die drei Kinder im Alter von 1/2 bis 6 Jahren lagen tot — wahrscheinlich vergiftet — in ihren Betten. Der Grund zu der unseligen Tat ist nicht aufgeklärt.

Brandtrüff. Auf dem Gute Daberow bei Daber (Pommern) kamen bei einem Brande 500 Schafe in den Flammen um. Außerdem wurden der Kuhstall, die Scheunen und die Kornböden ein Raub der Flammen, ebenso brannte das Jaspelorthaus und die Schmittscheuer vollständig nieder. Man vermutet Brandstiftung. — In Bergalingen bei Södingen brannte nachts ein Haus völlig ab, wobei der Vater des Besitzers Achle umkam und ein Mieter schwere Brandwunden erlitt. Auch 14 Stück Vieh verbrannten. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde eine Person verhaftet.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Reinhardt, Hafenstraße 57: Mitgliederversammlung. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Eduard Bernke: „Nach dem Kriege“. Friedebau. Am Mittwoch, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Keller-Wilhelms-Garten“, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreisversammlung Teilm.-Bezirk. Reinickendorf-Stk. Die Bezirksführer werden gebeten, die einzuliefernden Beiträge am Mittwoch, den 28. d. Mts., abends von 1/9 Uhr ab, im Augenbäum, Hoppstraße 32, an den Bezirksführer abzugeben. Bis 8 Uhr ist der Kassierer in seiner Wohnung anzutreffen.

Frauen-Leseabende.

Mittwoch, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Brin-Buchow. Bei Beder, Chausseestraße 97. Vortrag der Genossin Martha Demunung. Waldmannsdorf. Im „Bergschloß“. Vortrag der Genossin Loni Dreifisch über „Sozialismus und der Krieg“.

Der Arbeiterturnverein Schöneberg nimmt seinen Turnbetrieb für Schülerinnen und Schüler vom Donnerstag, den 29. Juli, in der Turnhalle Verlagsgebäude Straße 10-11 wieder auf. Turnzeit für Schüler Montags, Schülerinnen Donnerstags von 7-8 1/2 Uhr. Die werthen Eltern und Erzieher werden höflichst und dringend ersucht, ihre Kinder recht reger wieder daran teilnehmen zu lassen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3. IV. Hof rechts, portree, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Bescheid und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Kooonemertskautung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Num 29. Die Erblichkeitssteuer richtet sich nach dem Grade der Verwandtschaft des Erben. Geben Sie an, wie das Verhältnis ist (Eltern, Kinder, Neffen, Hausknecht etc.). — R. 2. 49. Sie sind wegen Erkrankung der Altmutterorgane vorläufig zurückgestellt. — C. 1876. 1. Erhaltung der Tränndrüsen, Landsturm ohne Rasse. 2. Die Pension wird weitergeleitet. 3. Da ist kein bestimmtes Schema. Die einzelnen Körper und die Bedürfnisse der Auffassung sind verschieden. — W. 2. 4. Ihre Tochter ist versicherungspflichtig. — R. 3. 23. Wenn es die zweite ärztliche Untersuchung war, so werden Sie nicht mehr eingezogen; sonst kann noch eine ärztliche Untersuchung und damit ein anderer Entscheid kommen. — J. R. 56. Wenn, was leider häufig geschieht, ohne Aufforderung Karten oder dergleichen für einen Privatwech oder für einen sogenannten Wohltätigkeitszweck zugestellt werden, so ist der Empfänger keineswegs verpflichtet, sie zurückzugeben. Er hat sie höchstens auszubehalten und dem Boten event. zurückzugeben. Sind die Karten ohne sein Verschulden verloren gegangen, so hat er keinerlei Ersatz zu leisten. Der Verlust oder dergleichen zugewandt, wird dadurch, daß jetzt eine behördliche Genehmigung für Wohltätigkeitsveranstaltungen erforderlich ist, wohl etwas aufzuheben. — W. R. Regentin. 1. Die Verordnungen sind an den einzelnen Orten außerordentlich verschieden. Eine allgemeine Vorschrift, die den Bau verbieten würde, besteht nicht. 2. Rein. 3. Der sogenannte Unfallzusatz ist stets vom 29. Tage ab zu zahlen. — Mar. 694. Wegen hochgradiger Schwerehörigkeit und Ohrenkrankung nur tauglich zum Landsturm. Die letzte Bezeichnung bedeutet: Wegen unheilbarer schwerer Erkrankung eines Ohres überhaupt untauglich. — Wohnin. 1. Ja. 2. 90 Mark der Jenner. — W. 106. 1. Die Sache eignet sich nicht zur Veröffentlichung. 2. Der Steinweg hat kein Recht, das bereits aufgestellte Denkmal oder Teile desselben abzuschießen. Sie würden sich an die Gemeinde wenden oder auch Klagen können. — A. R. 3. Die Bedeutung des Zeichens ist: Wegen Herzkrankheit unbrauchbar. Sticht das Zeichen nicht im Paß und ist die Unbrauchbarkeit nicht im Paß bemerkt, so gilt das nicht. — C. 6. 50. Nach verschiedenen Gerichtsentscheidungen müßten Sie zahlen. Allerdings wird behauptet, daß einige Entscheidungen im entgegengekehrten Sinne gefallen sind. Wir teilen die Ansicht, daß gezahlt werden müsse.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Ruch und anderen Heilbädern. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilbade bleiben, wollen ihrem bisherigen Expediteur wegen der Ueberweisung von Freizugspesen sofort ihre genaue Adresse (Abteilung, Bawillon usw.) einschicken, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmorgen. Nach kurzer Aufbesserung und geringer Erwärmung wieder östwärts fortschreitende Zunahme der Bewölkung. Im Westen weitverbreitete, im Osten einzelne Gewitterregen.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

feines Geburtsortes Schönerlinde umher. Vor einigen Tagen, während schon der Verdacht, daß er mit einem Helfershelfer den betagten Handelsmann überfallen und beraubt habe, verübte er bei dem Tierarzt Dr. Fischer in Französisch-Buchholz einen Einbruch, bei dem er für über 1000 Mark Wertfachen erbeutete. In der vergangenen Nacht fiel nun dem Gendarmenwachmeister Steinmann, der einen Streifgang durch den Ort machte, auf, daß in der Gastwirtschaft von Tadel ein Licht sich bald zeigte und bald wieder verschwand. Er schöpfte Verdacht, verschaffte sich Eingang und stellte mit seinem Hund zwei Einbrecher, darunter den gesuchten Stolp. Während er selbst diesen sofort packte und in sicheren Gewahrsam nahm, gelang es ihm mit Hilfe des Wirtes, auch den Spießgesellen, einen Arbeiter Hermann Beder, zu fassen. Beide wurden dem Amtsgericht eingeliefert. Stolp gibt die Einbrüche zu, leugnet aber, beim Raubüberfall beteiligt gewesen zu sein.

Selbstmord zweier Freundinnen.

In ihrem Zimmer Kreuzstr. 2 in Potsdam wurden gestern früh zwei jüngere Mädchen, die 21jährige Minna Ginge aus Niewow und die 19 Jahre alte Martha Blumenberg aus Treuenbriegen, tot aufgefunden. Sie hatten in der Küche den Gas Schlauch abgenommen und das Leuchtgas ausströmen lassen. Durch den starken Gasgeruch wurde die Hausbewohner aufmerksam und man ließ schließlich die Wohnung öffnen. Die Feuerwehre wurde sofort gerufen, aber ihre Bemühungen, mit Sauerstoffapparaten die Mädchen ins Leben zurückzurufen, waren erfolglos. Die Leichen der beiden jugendlichen Lebensmüden wurden nach dem Friedhofe übergeführt. Die Beweggründe zu der Tat sind unbekannt; beide waren in Potsdam tätig, aber niemand aus ihrer Umgebung weiß, was die Mädchen in den Tod getrieben hat.

Aus der Neuköllner Magistratsitzung.

Der Magistrat genehmigt die Verlegung von Gasleitungen in den städtischen Häusern und bewilligt die Mittel in Höhe von 4500 M. Die Kosten sollen vorstufweise verausgabt und durch den Voranschlag von 1916 erstattet werden. — Es wurde mitgeteilt, daß seit Monat Mai dieses Jahres die Wasserkinste des Neuterbrunnens in Betrieb gesetzt worden sind und zwar zunächst in der Zeit von 9-1 Uhr vormittags und 3-8 Uhr nachmittags, später in der Zeit von 10-12 1/2 Uhr vormittags und von 4-7 Uhr nachmittags. Der Magistrat erklärt sich damit einverstanden, daß während der Sommermonate der Wasserbetrieb des Neuterbrunnens in der Zeit von 10-12 1/2 Uhr vormittags und von 4-7 Uhr nachmittags aufrecht erhalten bleibt. — Es soll in die Prüfung der Frage eingetreten werden, auf welche Weise dem örtlichen Grundbesitz in der jetzigen schweren Zeit eine Erleichterung hinsichtlich der Erlangung von Hypothekens Kapital und hinsichtlich der Mietausfälle verschafft werden kann. Besonders soll ins Auge gefaßt werden, ob sich nicht während der Kriegszeit Vorschriften einführen lassen, welche eine Erhöhung der Zinssätze für Hypotheken und ein Verbot der Provisionsforderung für Darlehne enthalten.

In Ausführung der Verordnung betreffend die Sicherstellung des Kommunalwahlrechts der Kriegsteilnehmer vom 7. Juni 1915 soll für das Jahr 1915 von einer Aufstellung, Verichtigung sowie Auslegung der Liste der stimmfähigen Bürger abgesehen und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrunde gelegt werden.

Von der Errichtung eines Arbeitsnachweises für kaufmännische Angestellte soll, nachdem Berlin die Ablehnung beschlossen hat, abgesehen werden.

Der Magistrat nimmt Kenntnis von dem Beschluß der Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und erklärt sich mit dem im Entwurf vorgelegten Schreiben an den Magistrat zu Berlin betreffend die Schaffung einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherungseinrichtung für Groß-Berlin einverstanden.

Zu der Ehefragödie in der Christianiastraße wird uns mitgeteilt, daß der Tapezierer (nicht Sattler) Rufemann ein nichterner Mann gewesen sei, der dem Trunke durchaus abhold gewesen sei. Seine um zehn Jahre ältere Frau sei sehr eifersüchtig gewesen, allerdings nicht ganz mit Unrecht.

Die Berliner Feuerwehre wurde am Sonntagabend um 10 Uhr nach der Grelstr. 13 gerufen, wo ein von seiner Mutter allein in der Wohnung zurückgelassenes Kind aus dem Fenster zu stürzen drohte. Das Kind konnte in Sicherheit gebracht werden. In der Dreifelder Str. 20 versuchte eine anscheinend geisteskrante Frau aus dem Fenster zu springen. Die Feuerwehre übergab die Frau der Polizei. Schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitt am Sonntag eine Frau durch Umfallen einer brennenden Petroleumlampe in der Swinemünder Str. 123. Die Frau mußte nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden. Gasvergiftungen wurden aus der Parisstr. 11, Wallner-Theater-Straße 189 und anderen Stellen gemeldet.

Kleine Nachrichten. Auf der Straße vom Tode überrascht wurde gestern ein unbekannter Mann von etwa 60 Jahren. Man fand ihn vor dem Hause Laufziger Str. 9 bewußtlos daliegen und brachte ihn nach der Hiltswache am Görstiger Bahnhof. Dort konnte aber der Arzt nur noch den Tod feststellen. Der Mann hat ergrautes Haar mit Glage und einen grau gemischten Schnurbart und trug ein schwarzes Jackett, eine schwarze gestreifte Dose und schwarze Handschuhe. Er hat also in der Gegend des Laufziger Platzes gewohnt. — Aus dem Nordhafen gelandet wurde die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die ohne Hülle in dem Wasser trieb. Ein Lehrling landete sie an der Bootsanleihe und übergab sie der Revierpolizei, die sie nach dem Schauhaufe bringen ließ. — Vor dem Hause Lothringer Straße 86 wollte gestern früh kurz nach 6 Uhr ein unbekannter, etwa 50jähriger Mann vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 2 das Gleis überfahren. Der Führer vermahnte nicht, den Wagon auf so kurze Entfernung zum Stehen zu bringen und so wurde der Mann umgestoßen, geriet unter den Vorderperron und wurde von der Schutzvorrichtung aufgefunden. Bei dem Sturz auf das Straßenpflaster hatte er jedoch eine klaffende Kopfwunde und eine Gehirnerschütterung erlitten, die seine Aufnahme in das Krankenhaus Friedrichshain notwendig machten. — Aus Verweisung über den Rückgang ihres Geschäfts sprang die 57 Jahre alte Grünfrämhändlerin Henriette Rosenfeld in den Landwehrkanal und extrank. Abends wurde ihre Leiche an der Rotbuser Brücke gelandet.

Soziales.

Fabrikation von Militärwurst.

Eine Klage, die am Montag vor dem Gewerbegericht verhandelt wurde, zeigte als drastischer Einzelfall, wie es manche geschäftsgewandte aber gewerbsunkundige Leute verstehen, Geschäfte mit der Heeresverwaltung anzuknüpfen, wobei es schließlich auf allen Seiten Enttäuschungen und Mißerfolge gibt.

Auf Entschädigung wegen kündigungloser Entlassung klagte der Schlächtermeister Müller gegen den Oberleutnant und Oekonomierat Radziejewski, der durch den Direktor Hein vertreten wurde. Nach Angabe des letzteren hat sich der Oekonomierat Radziejewski durch seine Beziehungen zum Kriegsministerium

Wurstlieferungen verschafft. Da seine Geschäftstätigkeit auf einem ganz anderen Gebiet liegt, und er von Wurstfabrikation nichts versteht, engagierte Herr Radziejewski den Schlächtermeister Müller gegen einen Wochenlohn von 100 M. Müller hatte mit seinen Maschinen und unter Mitarbeit von Gehilfen die Wurst hergestellt. Doch das Geschäft konnte nur kurze Zeit betrieben werden. Nachdem in mehreren Fällen verdorbene und deshalb ungenießbare Wurst von den Abnehmern zurückgewiesen war, stellte Oekonomierat Radziejewski den Betrieb am 12. Juni ein. In diesem Tage soll nach Angabe des Direktors Hein auch das Arbeitsverhältnis des Klägers Müller beendet gewesen sein. Müller behauptete dagegen, er habe noch bis zum 19. Juni im Betriebe gearbeitet, denn er habe die angefertigten Würste verpackend fertig machen müssen, weil sonst die Ware verdorben wäre. Für diese Zeit und für die Kündigungsschuld beansprucht der Kläger Zahlung, die der Beklagte mit der Begründung ablehnt, der Kläger, der das Verderben der zurückgewiesenen Würste verschuldet habe, sei schadeneriappflchtig. Ein Zeuge befandete, er habe in der Geschäftsstelle des Roten Kreuzes in Schöneberg eine Kiste aus dem Betriebe des Beklagten stammende Wurst gesehen, die sich schon durch ihren Gestank als völlig verdorben erwiesen habe. Eine Duchhalterin des Beklagten gab an, daß eine Sendung von 18 Zentner Wurst, die an ein Gefangenenlager ging, als ungenießbar zurückgewiesen worden sei.

Hierzu bemerkte der Kläger, bei der Lieferung an das Rote Kreuz habe es sich um Wurst gehandelt, die sein Vorgänger im Betriebe angefertigt habe. Diese Wurst habe aus Kartoffeln, Blut und Kalbbaunen bestanden. Daß solche Ware bei der zu jener Zeit herrschenden Hitze in ganz kurzer Zeit verderben müsse, wisse nicht nur jeder Fachmann, sondern auch jede Hausfrau. Er, der Kläger, habe die sofortige Verendung dieser von seinem Vorgänger herübergebenen Wurst angeordnet, die Verendung sei aber erst nach mehreren Tagen erfolgt, er habe also das Verderben nicht verschuldet. Als er den Betrieb übernommen habe, seien die Kartoffeln auf sein Betreiben bei der Wurstfabrikation ausgeschaltet worden. Damit die Wurst haltbarer sei, habe er dem Beklagten vorgeeschlagen, der Wurstmasse ein bestimmtes Quantum Fett zuzusetzen. Oekonomierat Radziejewski habe aber gesagt, Fett sei zu teuer, dabei läme er nicht auf seine Rechnung, die Wurst solle mit sehr wenig, am liebsten ohne Fett angefertigt werden. Nach dieser Anweisung seines Chefs habe er, der Beklagte, nun handeln müssen. Die Wurst sei nunmehr aus Blut, Kalbbaunen und Rinderlunge hergestellt worden. Auch solche Ware könne nicht haltbar sein. Er sei also auch nicht schuld daran, wenn die für das Gefangenenlager bestimmte Wurstsendung verdorben sei.

Die Verhandlung wurde nach längerer Dauer vertagt. Es soll Beweis darüber erhoben werden, ob den Kläger ein Verschulden an dem Verderben der zurückgewiesenen Wurstlieferungen trifft.

Vorschnahme als Kündigungsgrund.

Gegen den Inhaber des Café Kerlau klagte vor dem Gewerbegericht ein Kinoschiffahrer auf Schadenersatz wegen kündigungloser Entlassung. Der Beklagte erklärte sich zur sofortigen Entlassung des Klägers berechtigt, weil dieser sich von der Kassiererin einen Vorschuß — angeblich zur Anschaffung von Material für den Kinobetrieb — hatte geben lassen, obgleich ihm ausdrücklich gesagt worden war, ohne schriftliche Anweisung des Geschäftsführers dürfe er keinen Vorschuß von der Kassiererin erheben. Tatsächlich hatte der Kläger schon früher teils zu seinem persönlichen Bedarf, teils zur Anschaffung von Material Vorschüsse erhalten, die bei der Lohnzahlung verrechnet werden sollten.

Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung: Da sich der Kläger, der ausdrücklich Anweisung zuwider, unbefugt Vorschuß von der Kassiererin habe geben lassen, so sei die sofortige Entlassung gerechtfertigt.

Dies Urteil wird durch keine gesetzliche Vorschrift gerechtfertigt. Weder die Gewerbeordnung noch das Bürgerliche Gesetzbuch erkennen solchen Kündigungsgrund an. Sache der Beklagten wäre es gewesen, der Kassiererin eventuell Anweisung auf Nichtzahlung von Vorschuß zu geben.

Krieg kein Entlassungsgrund.

Die ständig von uns und den meisten Gewerbeberichten vertretene Ansicht, daß auch für den Fall des Stillstehens des Betriebes durch den Krieg die Kündigungsfrist einzuhalten ist, hat jetzt auch das Amtsgericht Sulzbach in einer Klage auf Lohn für die nicht innegehaltene 14tägige Kündigungsfrist betätigt.

Das Urteil des Amtsgerichts hat folgenden Wortlaut: „In Sachen des . . . in Friedrichsthal, Kläger gegen die Oidenburgische Glashütte in Friedrichsthal-Saar, Beklagte, hat das königliche Amtsgericht zu Sulzbach Mt. 4 auf die mündliche Verhandlung vom 13. Juli 1915 durch den Amtsrichter Jakob für Recht erkannt: Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 56 M. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Begründung: Der Kläger stand als Glasarbeiter in Diensten der Beklagten. Am 18. August 1914 stellte diese den Betrieb ein, da sie infolge des Kriegsausbruchs zur Stilllegung des Betriebes genötigt war. Gleichzeitig wurden die Arbeiter der Beklagten entlassen. Wenn die Beklagte infolge des Kriegsausbruchs zur Stilllegung ihres Betriebes und zur Entlassung ihrer Arbeiter genötigt war, so konnte diese Entlassung nur im Wege der ordentlichen Kündigung geschehen. Zur sofortigen Entlassung war die Beklagte nach der Gewerbeordnung nicht berechtigt. Eine solche ist nur möglich beim Vorliegen des § 123 der Gewerbeordnung, worunter Kriegsausbruch nicht fällt.“

Uebertretung von Arbeiterchutzbestimmungen während der Kriegszeit.

Zu den Bestimmungen für alle Betriebe, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden, gehören die Bestimmungen des § 137 der Gewerbeordnung. Nach dem Absatz 3 des § 137 muß den Arbeiterinnen zwischen den Arbeitsstunden eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden. Wegen Uebertretung dieser Bestimmung war der Margarinefabrikant Rosenberg in Charlottenburg angeklagt worden. Nachdem die männlichen Arbeiter infolge des Kriegsausbruchs zum Militär eingezogen worden waren, hatte er weibliche Arbeiter eingestellt. Sie erhielten nur eine halbstündige Mittagspause.

Der angeklagte Fabrikbesitzer machte geltend, er habe gar keine Kenntnis von der Arbeitsdauer gehabt. Er habe 16 Bureauangestellte zu beaufsichtigen und 25 Geschäfte zu kontrollieren. Zur fraglichen Zeit habe er mit der Beaufsichtigung des Betriebes einen Vorarbeiter beauftragt gehabt. Er selber könne demzufolge nicht verantwortlich gemacht werden.

Das Landgericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus: Selbst wenn A. den Vorarbeiter mit der Aufsicht beauftragt hätte, wäre ihm selber noch den Verhältnissen eine Beaufsichtigung möglich gewesen. Nach § 151 der Gewerbeordnung hatte aber der Gewerbetreibende strafrechtlich selber, wenn er bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebes oder bei der Auswahl oder der Beaufsichtigung des Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforderlichen Sorgfalt haben lassen. Das sei anzunehmen. Angeklagter habe sich um die Mittagspause der Arbeiterinnen gar nicht gekümmert, wozu er um so mehr Anlaß gehabt hätte, als er an Stelle der eingezogenen männlichen Arbeiter weibliche angestellt hätte.

Das Kammergericht bestätigte jetzt das Urteil als in allen